

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile, oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größtenteils früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 155.

Donnerstag, den 6. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Praktische Arbeit.

Von den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung wird gegen diese bei jeder sich bietenden Gelegenheit der Vorwurf erhoben, sie leiste keine praktische Arbeit. Die Kenner der Verhältnisse, sowie ehrliche Beobachter und Beurteiler unserer Bewegung wissen, daß dieser Vorwurf ein durchaus unbegründeter, den Tatsachen direkt ins Gesicht schlägt. Die moderne Arbeiterbewegung — politische sowohl wie gewerkschaftliche — ist aufgebaut auf dem Bestreben, im Interesse der minderbemittelten und unterdrückten Schichten unseres Volkes im gegenwärtigen Kapitalistenstaat fruchtbar, praktische Arbeit zu leisten, um die Bahn frei zu machen zum Aufstieg der unterjochten Menschheit in höhere, sonnigere Höhen.

Dieses Bestreben ist mehr denn je zur Geltung gekommen aus Anlaß der Tagung des achten deutschen Gewerkschaftskongresses, die am letzten Sonnabend in Dresden ihr Ende erreichte. Mit Stolz kann gesagt werden, daß hier ein gutes Stück praktische Arbeit im Interesse der Arbeiterbewegung geleistet worden ist. Im Vordergrund steht hier zweifellos der Beschluß auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Volkerversicherung. Wir haben bereits mehrfach an der Hand von Tatsachen den Nachweis erbracht, daß die sogen. Volkerversicherungen zu einem nicht geringen Teil lediglich der Ausbeutung weiterer Volkskreise und der Bereicherung einiger Personen dienen. Infolge eines raffiniert ausgeklügelten Systems werden häufig Angehörige der minderbemittelten Schichten und insbesondere der Arbeiterschaft um nicht unerhebliche Beiträge geprellt. Sind doch allein durch den Verfall von Polizien — der bei versicherten Proletariern, die von der Hand in den Mund zu leben gezwungen sind, leider nicht zu den Seltenheiten gehört — den Versicherten 147 Millionen Mk. verloren gegangen. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß hier Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam eine Einrichtung schaffen wollen, die der Arbeiterschaft zum größten Nutzen gereicht.

Daß unseren Gegnern diese geplante Einrichtung ein Dorn im Auge ist, versteht sich eigentlich von selbst. In wildem Zorn wendet sich die „Post“ gegen diesen Beschluß des Gewerkschaftskongresses. Sie verlangt jetzt von der Regierung, daß diese hier eingreifen solle und begründet dieses Verlangen u. a. wie folgt: „Bezeichnend ist, daß zur gleichen Zeit, in der die Gewerkschaften den Plan ihrer Selbstversicherung entwickeln, die italienische Regierung mit dem Plan einer Monopolisierung des Versicherungswesens in ihrer Hand vor die italienische Volksvertretung tritt. Der Staat wird hier ein sehr dringendes Interesse haben, zu verhindern, daß die Gelder dieser Volksversicherung zu sozialen Kampfwaffen mißbraucht werden oder auch nur mißbraucht werden können. Daß das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung die Versicherung gestatten könnte ohne Leistungszwang, kann als vollkommen ausgeschlossen gelten. Auch dann aber bleibt das schwere Bedenken unbehoben, daß die Volksversicherung für die Versorgung sozialdemokratischer Führer dieselbe Rolle spielen kann, wie sie bisher die Krankenkassenverwaltungen gespielt haben. Sehr zu überlegen wäre deshalb, ob nicht die Reichsregierung eine freiwillige Volksversicherung, wie sie hier geplant ist, ihrerseits in die Hand nehmen sollte.“

Man steht, in der Not frist der Lufst Fliegen. Die „Post“, jenes Organ, das in jeder Verstaatlichung einen Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus erblickt, verlangt hier die Verstaatlichung des Versicherungswesens, die von der Sozialdemokratie schon seit Jahrzehnten gefordert worden ist. So treibt die organisierte Arbeiterschaft die Herrschenden immer weiter vorwärts und leistet dadurch ein gewaltiges Stück praktische Arbeit. Allerdings dürfte die Regierung auf diesem Gebiete zu spät kommen. Die Arbeiterschaft wird sich trotz mancher entgegenstehenden Schwierigkeiten diese Einrichtung schaffen und dankend auf die Volksversicherung der Regierung verzichten. Sie wird ihren Staat im heutigen Klassenstaat immer weiter ausbauen. Soll das aber in wirklicher Weise geschehen, dann ist es notwendig, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter — die unbedeutend im Laufe der letzten Jahre einen großen Aufschwung genommen hat — sich ständig vermehrt und daß es auch in diesen Kreisen mehr als bisher der Gedanke sich bricht: Jeder gewerkschaftlich organisierte ist verpflichtet, sich auch politisch zu betätigen, sich als eifriges Mitglied einzureihen in die Armee der Sozialdemokratie! Wie notwendig diese politische Betätigung ist, dafür zeigen die Beratungen über das Koalitionsrecht und den

Vorentwurf zum neuen deutschen Strafgesetzbuch den besten Beweis. Der Referent, Genosse Dr. Heine mann, legte dem Gewerkschaftskongress dar, wie heute schon unter den alten Bestimmungen die Klassenjustiz ihre unheilvolle Tätigkeit entfaltet. Er wies aber auch nach, daß die geplanten neuen Bestimmungen Fußfänger für jeden Gewerkschaftler in sich bergen. Was die Scharfmacher nicht zu träumen wagten, soll hier Gesetz werden. Und es wird Gesetz, wenn nicht die Arbeiterschaft bei den nächsten Reichstagswahlen auf dem Posten ist und durch die Wahl von Sozialdemokraten dafür sorgt, daß diese geplante verschärfte Zuchthausvorlage in den Urkas verfenkt wird.

Wertvolle praktische Arbeit leistete der Kongress auch dadurch, daß er sich in eingehender Weise mit dem Schutz der Heimarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte. Wer das Elend der Heimindustrie kennt, weiß, daß hier noch geradezu erschreckende Zustände herrschen. Nicht nur Mann und Weib, auch die armen Kinder werden von der frühesten Jugend an in das Joch des Kapitalismus gespannt. Hier eingzugreifen wäre die Pflicht der Gesellschaft. Diese aber entzieht sich ihrer Pflicht. Zwar veranstaltet sie Blumentage, die, wie z. B. in Hamburg, für einzelne Arrangeure eine fette Einnahmequelle darstellen, die aber aufgebaut sind auf der elendesten Ausbeutung der die künstlichen Blumen herstellenden Heimarbeiterinnen. Wenn die Gesellschaft den armen Kindern des Proletariats dienen will, dann möge sie zunächst in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften dafür sorgen, daß durch eine gesetzliche Regelung die schlimmsten Auswüchse der Heimarbeit beseitigt werden. Damit dient sie den armen Kindern mehr als mit der Arrangierung von Blumentagen.

Leider aber ist wenig Hoffnung vorhanden, daß vorläufig eine zufriedenstellende gesetzliche Regelung der Heimarbeit erfolgt. Die Unternehmer wollen hiervon nichts wissen und die Regierung als getreue Handlangerin der Scharfmacher fügt sich diesem Willen. Sie hatte auch nichts dagegen einzuwenden, daß es den Gewerkschaften durch unerfüllbare Vorschriften unmöglich gemacht war, die Schäden der Heimarbeit an der Hand von Tatsachenmaterial auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden zu illustrieren. Die Herrschaften wollten „ihre Ruhe haben.“ Sie wollen nicht aufmerksam gemacht sein auf das erschreckende Elend der Heimarbeit. Es bleibt also unter diesen Umständen den Heimarbeitern und -arbeiterinnen nichts anderes übrig als der Weg der Selbsthilfe. Auch sie müssen unter Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft versuchen, durch ihre Organisationen sich bessere Zustände zu erkämpfen. Die organisierten Arbeiter Lübecks können mit hierzu beitragen, indem sie ihre heimarbeitenden Frauen, Töchter, Verwandten usw. dem Organisationsgedanken zugänglich machen.

Eine scharfe Abjage an die vom schwarz-blauen Block unter gültiger gestatteter Mitwirkung der Nationalliberalen und des größten Teils der Fortschrittler zusammengeschuferte Reichsversicherungsordnung bildete die vom Kongress nach einem instruktiven Referat des Genossen Robert Schmidt beschlossene Resolution zur Frage des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Der Referent konnte an der Hand einwandfreien Materials nachweisen, daß die Belastung der deutschen Industrie durch die Arbeiterversicherung $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent der Gesamtkosten beträgt. Unter diesen Umständen ist es also nur leeres Gerede, wenn die Industriellen behaupten, sie könnten für die Arbeiterversicherung keinen Pfennig mehr ausgeben. Sie können wohl, aber sie wollen nur nicht!

Die wichtige Frage des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung fand gleichfalls auf dem Kongress eine eingehende Würdigung. In einer Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß es die Pflicht des Staates sei, die Arbeitslosenfürsorge zu übernehmen. Weiter werden die Wege gezeigt, welche zur Erreichung dieses Zieles führen. Wenn die herrschenden Klassen es ernst meinen mit der Hilfe der durch eine verkehrte Gesellschaftsordnung unfreiwillig Feternden, dann ist ihnen jetzt die Möglichkeit gegeben durch die Verwirklichung der Vorschläge des Gewerkschaftskongresses.

Daß ein Kongress, der praktische Arbeit leisten will, nicht achtlos vorbeigehen kann an den Bildungsbedürfnissen der Arbeiterklasse, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Wer die beschlossenen Leitsätze zu diesem Punkt gelesen hat, der wird zugeben müssen, daß hier etwas geschaffen ist, dessen Durchführung der gesamten Arbeiterschaft zum Nutzen gereicht.

So kann denn die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands mit hoher Befriedigung auf diesen Kongress zurückblicken. Er hat uns wiederum ein Stück vorwärts gebracht auf dem Wege, den wir zur Erreichung unseres

Zieles beschritten haben. Mögen die Gewerkschaften nun allerorts dafür sorgen, daß ihre Reihen sich immer mehr stärken, damit sie dem geeinten Unternehmertum jederzeit gerüstet und gewappnet gegenüberstehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Dreiklassenparlament in freikonservativer Beleuchtung.

Im „Tag“ nimmt der genugsam bekannte Scharfmacher Freiherr v. Zedlitz das Wort zu Betrachtungen über die Wirksamkeit des Dreiklassen-Parlamentes in seiner eben beendeten Session. Das Urteil, das der Abg. v. Zedlitz fällt, ist nicht gerade schmeichelhaft; er führt nämlich aus:

„Ich kann mich nicht erinnern, in meiner bald vierzigjährigen parlamentarischen Tätigkeit jemals mit so unbedingter Nichtbefriedigung auf einen Sessionsabschnitt zurückblickt zu haben wie auf den letzten seit Ostern. Der Abschluß am 28. v. Mts. war geradezu beschämend, aber er war doch nur das Endergebnis eines stetig fortschreitenden Niedergangs der Leistungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Es war, als ob mit der Osterpause dieses Haus jede Spannkraft verloren hätte und einem zunehmenden Marasmus verfallen wäre.“

Abg. v. Zedlitz übt dann Kritik an der langsamen Arbeit der Kommissionen und fährt schließlich fort:

„Aber mit dem Plenum war es auch nicht besser bestellt. Es glich geradezu einem Laubenschlage. Nur bei besonders wichtigen Abstimmungen gelang es mit Mühe und Not, ein beschlußfähiges Haus zusammenzubringen; im Handumdrehen aber war es wieder geleert. Selbst bei dem Feuerbestattungsgesetz ließ sich die ohnehin schon knappe Mehrheit der zweiten Lesung nicht bis zur dritten Lesung zusammenhalten, und es hat nur an zwei Stimmen gebrannt, daß das Abgeordnetenhaus sich nicht durch Ablehnung dieser Vorlage unsterblich blamierte. Das Zentrum, das hier und bei der Novelle zur Landgemeindeförderung alle Reserven herangezogen hatte, konnte bei der zweiten Lesung dieser Novelle einmal seinen Willen gegen alle andern Parteien durchsetzen. Schließlich legte bekanntlich die Obstruktion von nicht ganz einem Viertel der Mitglieder des Abgeordnetenhauses gänzlich lahm.“

Daß es gerade Freiherr v. Zedlitz ist, der dieses abfällige Urteil über das preußische Geldjacks-Parlament fällt, entbehrt nicht einer gewissen Komik, denn er gehört mit zu den lautesten Schreibern gegen die einzig mögliche Reform dieser Karrikatur eines Parlamentes durch die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Die übelste Kritik soll auch nur den Zweck haben, die bürgerlichen Parteien an ihre Pflicht zu erinnern. Denn er legt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen dar:

„Die Demokratisierung unseres Wahlrechts wird sich auf die Dauer nur verhindern lassen, wenn das Dreiklassenhaus nach allen Richtungen hin vollbefriedigendes leistet. Verlagt es öfter, wie am Schluß dieser Session, so ist sicher die Art an die Wurzel unseres Wahlrechts gelegt. In Österreich hat das Versagen des Kurienparlamentes, im Reichslande das des Landesauschusses zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts geführt; schwerlich würden die Dinge bei uns anders laufen, wenn das auf dem abgestuften Wahrecht beruhende Parlament sich seiner Aufgabe nicht gewachsen zeigte. Wer in der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eine ernste Gefahr für unser Staatswesen und seinen monarchischen Charakter erblickt, muß daher mit aller Kraft dahin wirken, daß das Abgeordnetenhaus nicht auf das Niveau einer bloßen Notablenversammlung herabsinkt, sondern sich auf der vollen Höhe einer Volksvertretung im ganzen Sinne des Wortes hält.“

Im das Pflichtgefühl der Erkörenen aus einem Klassenwahlrecht scheint der Abg. v. Zedlitz aber selbst nicht recht zu glauben. Denn er erteilt der Regierung den Rat, das Diätengesetz zu ändern und zwar nach der Richtung hin, daß statt der jetzt üblichen Tagesgelber — die auch gezahlt werden, wenn der Abgeordnete gar nicht in Berlin ist — nach dem Muster des Reichstags nur Anwesenheitsgelber bezahlt werden.

Das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung.

Aber die Formalitäten, die die Inkraftsetzung der Reichsversicherungsordnung bedingen, wird offiziös mitgeteilt:

Nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag und im Bundesrat ist in dem zuständigen Ressort noch eine Neuredegerung des umfangreichen Werkes vorgenommen, soweit dies durch die Aufnahme neuer Paragraphen, Ausschreibung und Zusammenziehung vorhandener erforderlich war. Nachdem diese Arbeit zum Abschluß gebracht ist, liegt der Gesetzentwurf dem Kaiser zur Unterschrift vor. Man kann daher annehmen, daß die Verkündung des Gesetzes in aller nächster Zeit er-

folgen wird. Mit dem Tage der Verkündung treten zunächst nur die Bestimmungen über die Angestellten der Krankenkassen in Kraft.

Eine Schiebung hinter den Kulissen

bei Beratung der Reichsversicherungsordnung, speziell bei der Neuordnung der Verhältnisse der freien Hilfskassen, enthält das demokratische Wochenblatt „Das freie Volk“. Es berichtet:

„Bekanntlich hat man die Werkspensionskassen, mit deren Hilfe die Großbetriebe einen Druck auf die Arbeitnehmer ausüben vermögen, als gleichberechtigte Ersatzinstitute wieder zugelassen und auch die Betriebs- und Sanitätskrankenkassen gesont. Den freien Hilfskassen der Arbeiter und Angestellten aber sind die allerbekanntlichsten Fesseln angelegt worden. Ursprünglich waren die Bestimmungen noch schärfer als die der endgültigen Fassung. Verschiedene Angestelltenverbände hatten aber durchgesetzt, daß in der sogenannten Ausgleichslesung in der Kommission ein Paragraph eingefügt wurde, der für gewisse Kategorien von Versicherten festsetzte, daß ihre Ersatzkassen auf widerrufliche Anordnung des Bundesrats von den Krankenkassen vier Fünftel des Beitrages erhalten, den der Arbeitgeber im Gegensaß zu dem alten Gesetz jetzt unter allen Umständen an diese abführen muß. Diese Kategorien waren Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher. Außerdem sollten diejenigen Ersatzkassen die gleiche Vergünstigung genießen, deren Mitgliederkreis „aus Ziegler oder anderen Versicherten (besteht), in deren Beruf ein häufiger Wechsel der Beschäftigung von Ort zu Ort üblich ist“.

In der dritten Lesung wurden dann auf Antrag Schulz und Genossen auch noch die Klassen der Bureauangestellten privilegiert. Alle Angestellten genießen also die Vorzugsbehandlung mit Ausnahme der Techniker.

Ein Vertreter des Deutschen Techniker-Verbandes hat im Hauptauschuß der Privatangestelltenverbände eine Erklärung gefordert, ob etwa die zu Verhandlungen mit den Reichstagsmitgliedern bestimmten Ausschußmitglieder (die merkwürdigerweise alle den Handlungsgehilfenverbänden angehörten) die Interessen der Techniker nicht mit genügendem Nachdruck wahrgenommen hätten. Die Herren aber wollten alles getan haben, was in ihren Kräften gestanden habe, und Herr Beschly vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband produzierte einen Brief des christlich-sozialen Abgeordneten Behrens, mit dem im besonderen verhandelt worden war. In diesem Brief wird die Schlechterstellung der Techniker damit motiviert, daß wenn sie einbezogen worden wären, „das Ganze als eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter hätte geendet werden können, weil dann alle Gehobenen ohne Rücksicht auf die grundsätzliche gegebenen Voraussetzungen, nämlich: „in deren Beruf ein häufiger Wechsel der Beschäftigung von Ort zu Ort üblich ist“ ausgenommen wären und die grundsätzliche Voraussetzung nur noch bei den Arbeitern zu prüfen sei“. „Dieser unangenehme Beigeschmack der Bestimmung“, so fuhr Herr Behrens fort, „sollte vermieden werden und deswegen ist entgegen Ihrem Antrage der Paragraph so gefaßt worden, wie er Gesetz wurde.“

Wirklich ein famoseres Bekenntnis des christlichen Arbeitervertreter. Man macht ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Um das aber nicht zu klar an den Tag treten zu lassen, packt man kurzerhand die Techniker und wirft sie mit den Arbeitern in eine Verbammnis.

Die Angaben werfen in der Tat ein sehr eigenartiges Licht auf die Motive, aus denen heraus „sozialpolitische“ Gesetzesbestimmungen fabriziert werden.

Die Antwort des Reichstagspräsidenten.

Graf Schwerin-Löwitz veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ ein langes Schreiben, in welchem er auf seine bekannte Äußerung über das Zentrum eingeht. Zunächst ist er bestrebt, diese Äußerung „das Befehlen der Zentrumspartei in Deutschland sei nicht erfreulich“ wesentlich abzuschwächen, indem er klarlegt, daß er von seinem evangelischen Standpunkte aus gar nicht anders urteilen konnte. Graf Schwerin-Löwitz hüpft aber noch weiter vollständig zurück, indem er erklärt:

„Ich denke gar nicht daran, — wie man das aus Ihren Ausführungen schließen könnte, — dem Zentrum zu bestreiten, daß es zu den nationalen Parteien zu rechnen sei. Ich weiß auch sehr wohl, daß das Zentrum sich schon vor der Finanzreform manches Verdienst um die Reichsinteressen erworben hat. Nur gerade in den Finanzfragen — namentlich in der Bewilligung der für das Reich unentbehrlichen Verbrauchssteuern — ich erinnere an die Ablehnung des Bismarckschen Zabolmonopols, die Frankensächsische Klausel, den § 6 des Fiskusgesetzes u. a. — entsprach nach meiner Auffassung die Zentrumspolitik nicht immer in der gleichen Weise wie bei der letzten Finanzreform den Interessen des Reiches.“

Die Groeber und Erzberger werden dem wenigen Sünder nun wieder gern vergeben.

Von den Ursachen der Fleischtenerung.

Infolge der Fleischtenerung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres, die noch immer nicht behoben ist, sah sich die preussische Regierung, nach dem Vorgang von Bayern, Württemberg und Baden, genötigt, am 1. Dezember 1910 eine außerordentliche Viehzählung zu veranstalten, deren Ergebnisse jedoch in der statistischen Korrespondenz veröffentlicht werden. Wir sehen in Preußen dasselbe Bild wie in Süddeutschland: einen Rückgang des Rindvieh- und Schafbestandes. Die Zahl des Rindviehs hat im Königreich im ganzen gegenüber dem Vorjahre um 170 640 (1,5 Proz.), die der Schafe um 343 563 (rund 7 Proz.) abgenommen. Am auffallendsten ist der Rückgang (über 8 Proz.) bei dem zwei Jahre alten und älteren Rindvieh, sowie bei dem unter einem Jahre alten Schafen (10,4 Proz.). Daß angesichts dieser Verringerung des Viehbestandes die Fleischpreise im Herbst vorigen Jahres überaus stark angezogen haben, ist gewiß nicht erbaulich. Die einzige Tierart, deren Zahl bei der letzten Viehzählung eine Zunahme aufweist, ist das Schwein.

Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre beträgt für den preussischen Staat im ganzen 2,3 Millionen, das sind 16,4 Prozent. Am auffälligsten ist die Zunahme der unter einem halben Jahre alten Tiere; sie beträgt über 1,4 Millionen, das sind 18,3 Prozent.

Und da behaupten die Agrarier immer wieder, daß die deutsche Landwirtschaft den Vieh- und Fleischbedarf Deutschlands allein decken könne, und sie verlangen noch höhere Fleischzölle und Verschärfung der Grenzsperrn, um die Viehpreise noch höher treiben zu können. Daß die Grenzsperrn keinen Schutz gegen die Viehverseuchung bietet, zeigt der unerhörte Grad, den die Verseuchung gegenwärtig aufweist. Nach der neuesten Veröffentlichung über den Stand der Maul- und Klauenseuche in Deutschland nach der Feststellung vom 15. Juni hat sich ein weiteres bedrohliches Anwachsen ergeben: Verseucht waren 16 504 Gehöfte in 3271 Gemeinden. Seit Jahresanfang hat sich die Seuche wie folgt verbreitet:

	Verseuchte Gehöfte.
1. Januar:	4 582
31. Januar:	5 082
28. Februar:	8 513
31. März:	10 153
30. April:	12 506
31. Mai:	13 498
15. Juni:	16 504

Daß die Verseuchung auf Einschleppung vom Ausland zurückzuführen sei, wagen die Agrarier heute nicht mehr zu behaupten. Aber die Grenzsperrn wollen sie aufrechterhalten, um — noch höhere Preise zu erzielen.

Eine Interpellation.

Jetzt, wo die Marokkofrage eine noch ungleich gefährlichere Wendung anzunehmen beginnt, hat der preussische deutsche Absolutismus sich wiederum aller Parlamente entledigt, und das Feld behauptet die gemeingefährliche Horde offiziöser Preßreptile, die entweder aus Unwissenheit und Dummheit oder aus böswilliger Verlogenheit das Publikum für die dunklen Geschäfte der Diplomatie und der kapitalistischen Cliquen bearbeiten. Aber ein Parlament tagt doch zurzeit in Deutschland; unsere Genossen in der württembergischen Kammer haben nicht unterlassen, die Regierung sofort über die neue Marokkokrise zu interpellieren; und ferner ist die Forderung der sofortigen Einberufung des Deutschen Reichstages mit allem Nachdruck zu erheben.

Marokko-Interpellation im württembergischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Mittwoch-Sitzung der 2. Kammer folgende Interpellation eingebracht:

Ist die Staatsregierung bereit, Auskunft darüber zu geben, 1. ob vor der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem Hafen von Agadir in Marokko der Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammenberufen worden ist; 2. hat die Regierung auf Grund ausreichender Informationen dieser Aktion zugestimmt und sich davon überzeugt, daß durch dieselbe die zurzeit bestehenden friedlichen Beziehungen des deutschen Reiches zu den europäischen Mächten nicht gefährdet werden?

Sächsischer Ausweisungspraxis.

Ein Ofenheizer Björklund aus Upsala (Schweden), der aus Preußen ausgewiesen worden war, weil er von Berlin aus für das schwedische Parteiblatt „Arbetet“ geschrieben, hatte sich nach Dresden gewandt. Er traf am Dienstag, dem 27. Juni abends 10 Uhr dort ein und nahm Nachtlager im Volkshaus. Am Donnerstag, dem 29. Juni morgens 5 Uhr erschien schon ein Polizeistatist, um seine Papiere einzusehen. Am Montag, dem 3. Juli erschienen früh zwei Kriminalbeamte, die ihn mit nach der Polizeidirektion nahmen. Dort wurde ihm der Ausweisungsbefehl ausgehändigt. Binnen zweimal vierundzwanzig Stunden hatte er das ungasliche Land zu verlassen.

Björklund hatte sowieso nicht die Absicht, in Sachsen resp. Dresden zu bleiben. Er befand sich nur auf der Durchreise. Besonders in neuerer Zeit scheint man in Sachsen in bezug auf Ausländer außerordentlich nervös zu werden. In diesem Falle ist ja offenbar der Ausgewiesene der sächsischen Polizei von der preussischen avisiert worden. Ausländer scheint man bei uns nur dulden zu wollen, wenn sie entweder russische Polizeispitze oder wenn sie Streikbrecher sind. Anständige Ausländer, wenn sie dem Arbeiterstande angehören, finden keine gastliche Stätte in Preußen und Sachsen, zumal wenn sie verdächtig sind, zur gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft zu zählen.

Sernt von den Sozialdemokraten!

Der frühere Chefredakteur der „National-Zeitung“, Paul Harms, beschwert sich im „Berliner Tageblatt“ über Rücksichtslosigkeit gegen die Presse, die sehr oft bei öffentlichen Veranstaltungen von bürgerlicher Seite verübt werde. Als Beispiel führt er die in den letzten Tagen in Berlin veranstalteten Satho-Versammlungen an, in denen zwar ein Tisch „für die Presse reserviert“, aber keinerlei Vorsorge getroffen war, daß die Berichterstatter auch trotz des zu erwartenden Andrangs Zutritt zum Saal erhielten. Man habe den Journalisten die Tür vor der Nase zugesperrt und erklärt: „Hier kommt niemand mehr hinein, denn der Saal ist überfüllt!“

Mit Recht wehrt sich der Journalist gegen diese Miachtung seines Berufs, um dann den bürgerlichen diesen Spiegel vorzuhalten:

Die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß wir bereits eine gesellschaftliche Schicht in Berlin und in Deutschland haben, deren Formen im Verkehr mit der Presse wenig mehr zu wünschen übrig lassen. Das ist die Arbeiterklasse. Nach meinen Erfahrungen kann der bürgerliche Journalist, der in Ausübung seines Berufs zu sozialdemokratischen Veranstaltungen geht, dort immer auf 10 viel entgegenkommen rechnen, wie eine stimmungsgemäß geleitete Organisation zu bieten imstande ist. Das müßte schon ein merkwürdiger sozialdemokratischer Arbeiter sein, der einen

Journalisten erst lange von Pontius zu Pilatus führt und ihn nicht selbst sofort auf den richtigen Weg weist. Wir könnten von der Sozialdemokratie wirklich viel lernen — wenn das in einem Staate, wo es dem Reichskanzler verboten ist, sich mit sozialdemokratischen Abgeordneten zu unterhalten, nur nicht gar so leicht wäre.

Der nationalliberale Herr Harms hat oft genug gegen die Sozialdemokratie die Feder geführt und wird sie sicher noch oft zu diesem Zweck ansetzen. Um so interessanter ist die Tatsache, daß er das Benehmen sozialdemokratischer Proletarier gegenüber der Presse als Kulturakt der hochgebildeten Bourgeois als Muster vorführen muß. Der Stahlführer dieses Journalisten ruft die Erinnerung wach an die Behandlung der Journalisten im Reichstag, auf dem Arzttag in Rostock und an viele ähnliche Gelegenheiten. Gröbers „Saubengels“ sind für die Bourgeoisie nur dazu da, um ihre Interessen zu verteidigen. Je demagogischer, desto besser. Die übrigen gelten sie, um mit dem Oberpräsidenten von Pommern zu sprechen, als „noch nicht trocken hinter den Ohren!“

Italien.

Deutschlands Eingreifen in Marokko vor der Kammer. In der Kammer beantwortete Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Fürst di Scalea, eine Anfrage bezüglich Marokkos. Er erklärte, daß eine Ausschiffung deutscher Truppen in Agadir nicht stattgefunden habe und gab den Inhalt der deutschen Note bekannt. Die deutsche Regierung habe hinzugefügt, daß das nach Agadir entsandte Schiff den Hafen verlassen werde, sobald die Angelegenheiten in Marokko wieder zu dem früheren ruhigen Zustand zurückgekehrt seien. Von den Fragestellern erwiderte zunächst Galli auf die Antwort Scaleas; er glaube, das Vorgehen Deutschlands sei eine Rundgebung der Absicht, den tatsächlichen und rechtlichen status quo unverändert aufrechtzuerhalten, der auf der Agadir-Akte beruhe. Darin stimmten die politischen Anschauungen Deutschlands mit den Interessen Italiens überein. Er würde wünschen, daß die italienische Regierung einen Beweis der notwendigen Energie in der Vertretung des italienischen Standpunktes in den Mittelmeerangelegenheiten gäbe. (Beifall.) Bassini erklärte sich von der Antwort nicht befriedigt und wandelt die Anfrage in eine Interpellation um. Pala erklärte, Verpflichtungen aus der Agadir-Akte bestünden weder für Frankreich noch für Spanien, noch für Deutschland mehr. Er hoffe, daß die Regierung angesichts der neuen internationalen Lage die Interessen Italiens zu wahren wissen werde.

Frankreich.

Gegen das Arbeiterpensions-Gesetz. Zum Protest gegen das am Montag in Kraft getretene Arbeiter-versorgungs-Gesetz hat nach einem Telegramm aus Paris der Baumwollfabrikant Girard in Roanne seine Fabrik, die 250 Arbeiter beschäftigt, geschlossen. Der Mann ist verrückt.

Balkan.

Neue Wirren. König Nikolaus von Montenegro hat dem Dozenten des diplomatischen Korps, Baron Squitti, und dem russischen Gesandten Wessjewa mitgeteilt, daß Montenegro durch die Mobilisierung der Türkei gezwungen sei, ebenfalls mobil zu machen. Was sich der König unter dieser Mobilisierung denkt, geht aus folgender Meldung hervor: Die Abendblätter melden aus Cetinje: Der König teilte den Gesandten mit, er stelle am 15. Juli, an welchem Tage der den Aufständischen zur Unterwerfung gestellte Termin abläuft, sieben tausend Mann an den Übergängen der türkisch-montenegrinischen Grenze auf, um den Übertritt von Aufständischen nach Montenegro zu verhindern. Der König erklärte auf das entschiedenste, er hege die friedlichsten Absichten und werde den Frieden so lange wahren, als er nicht angegriffen werde.

Marokko.

Wie in Marokko „Ordnung“ gestiftet wird. Die „Agence Havas“ meldet aus Elksar unterm 3. Juli: Oberst Sylvestre begab sich mit mehreren Offizieren heute morgen in die Kaserne, in welcher scharfschützende Truppen untergebracht sind, und erklärte, er benötige das Gebäude für die spanischen Truppen. Die Soldaten waren genötigt, die Kaserne mit ihren Pferden und Maultieren zu räumen, worauf die Spanier sich dort einrichteten. Nach einer andern Meldung trafen 250 spanische Soldaten von Larraoch ein. Die „Agence Havas“ ist offiziöses Organ der französischen Regierung, der der spanische Nebenbuhler unangenehm ist. Trotzdem darf man der Nachricht glauben. Denn es ist allgemein Methode der europäischen „Kulturträger“, mit den Eingeborenen der begehrten Gebiete wenig Federlesen zu machen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 6. Juli.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübeck befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Aufstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Aber die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt.

Die Zweigvereinsleitung.

Die Gewerkschaftsvorstände werden ersucht, die Karten zum diesjährigen Gewerkschaftsfest am Freitag und Sonnabend abends von 8—9 Uhr im Gewerkschaftshaus in Empfang zu nehmen.

Die Versammlung der Bürgerchaft am Montag, dem 10. Juli 1911, abends 6 Uhr, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl eines ersten Stellvertreters des Vorsitzenden. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Verbesserung der Bezüge der Bureauhilfsarbeiter. 2. Beschaffung eines neuen Desinfektors für die Allgemeine Armenanstalt. 3. Herstellung einer Heizungs- und Wasserbadanlage in der II. St. Lorenzschule. 4. Erlass eines Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Mitglieder des Senates. 5. Beschaffung eines zweiten Kohlenelevators für das Gaswerk II. 6. Bau einer Straßenbahn Lübeck-Schwartau. IV. Besprechung des Berichtes des

Sektion für die Straßenbahn, betr. Einführung von Zeitfahrkarten bezw. deren Beibehaltung auf der sogenannten Marktbahn.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Juni auf 1204 (1064), die der Besucher auf 1958 (1161). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorangegangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 171 Personen. Mithin sind im Monat Juni 1033 (880) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1336 (1164), darunter nach auswärts schriftlich 24 (36). Von den Besuchern waren organisiert 701 (660) Personen, und zwar gewerkschaftlich 478, politisch 17, gewerkschaftlich und politisch 206. Unter den Verbleibenden 641 Nichtorganisierten befanden sich 241 Angehörige von Organisierten und 38 Organisations-unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 873 (789) männlich, 469 (351) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1170 (1004); selbständige Gewerbetreibende, Beamte, Bauern etc. und deren Angehörige 172 (136); Vereine, Organisationen und Behörden 11 (21). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1085 (899) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 99 (111), Oldenburg 85 (77), Mecklenburg 42 (37), Preußen 36 (29), und sonstwo 6 (8). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall, Invaliden- und Krankenversicherung) 265 (257), Arbeits- und Dienstvertrag 313 (244), bürgerliches Recht 513 (378), Strafrecht 88 (60), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 116 (186), Arbeiterbewegung 18 (14), Privatversicherung 12 (13), Handels- und Gewerbesachen 5 (4), Verschiedenes 6 (8). Von den Auskünften machten 305 (297) die Anfertigung von 343 (351) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 36 (34) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 197 (180) Postsendungen. Der 26. Juni zeigte mit 82 (83) die höchste, der 7. Juni mit 13 (25) die niedrigste Besucherzahl.

Mithilfe des Publikums zur Erleichterung des Briefverkehrs. Das Publikum kann zur glatten Abwicklung des Briefverkehrs bei den Postanstalten wesentlich beitragen, indem es nur solche Briefe zur Post gibt, die hinsichtlich ihrer Größe und Form möglichst wenig von einander verschieden sind. Am liebsten wäre es der Post, wenn alle Briefe eine einheitliche Größe hätten; dann könnten sie am schnellsten gleichmäßig aufgestellt, gestempelt, verteilt und verpackt werden. Bei den Geschäftsbriefen hat sich auch schon teilweise eine leidliche Gleichmäßigkeit eingebürgert, die Privatbriefe dagegen lassen noch recht viel zu wünschen übrig. Bei diesen kommen die mannigfaltigsten Größen und eigentümlichsten Formen zur Verwendung. Diese Verschiedenheit ist für den Postbetrieb äußerst lästig; sie hält das Stempelgeschäft auf, verlangsamt das Verteilen der Briefe und macht deren Vereinfachung zu Briefbänden schwierig. Besonders störend für die Post sind die ganz kleinen Umschläge, denn winzige Briefchen kann der zur eiligen Arbeit genötigte Postbeamte nicht ohne besondere Mühe erfassen und halten, ihre klein geschriebene Aufschrift ist besonders bei künstlicher Beleuchtung schwer zu lesen und ihre Einfügung in die Briefbünde bereitet Schwierigkeiten. Überdies sind die kleinen Briefe in steter Gefahr, sich in Drucksachensendungen zu verirren und dadurch in Verlust oder in fremde Hände zu geraten. Zum Nutzen der Versender und zugleich zum Vorteile des Postverkehrs kann nur dringend empfohlen werden, sehr kleine Briefhüllen überhaupt nicht zu verwenden, auch sollte man nicht Briefe in runde, ovale, dreieckige oder sonstige wunderbar gestaltete Umschläge stecken. — Im weiteren wird das Stempeln der Briefe ungemein erschwert, wenn die Freimarken bald hier, bald dort auf den Umschlägen kleben oder gar auf deren Rückseite gesucht werden müssen. Es ist deswegen notwendig, daß sich die Marken bei allen Briefsendungen auf derselben Stelle und zwar in der rechten oberen Ecke der Aufschriftseite befinden. Bei Briefumschlägen mit Firmenaufdruck usw. wäre es sehr zweckmäßig, wenn in der rechten oberen Ecke ein Markenfeld vorgedruckt würde, damit die Absender auf diese Stelle hingewiesen werden. — Auf die Übersichtlichkeit der Aufschrift, insbesondere auf schnelles Erkennen des Bestimmungsortes, muß besonders die größte Wert gelegt werden. Man schreibe die Ortsangabe stets unten rechts nieder und unterstreiche sie; wer sich die Briefumschläge mit der Firma bedrucken läßt, der lasse für den Ortsnamen gleich einen starken Strich vordrucken, wie dies bei den von der Post herausgegebenen Postkarten usw. geschieht. Da das Publikum selbst das größte Interesse an der schnellen Abwicklung des Briefverkehrs hat, glauben wir, daß es sich diesen Anregungen, deren Befolgung keine besondere Mühe macht, der Post aber den Dienst erleichtert, nicht verschließen wird.

In schweren Wüsten befinden sich die Hamburger Tischlermeister, die sich gegen die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Holzarbeiter sträuben. Da es ihnen nicht gelingen will, brauchbare Streikbrecher für ihre Betriebe zu gewinnen, so sind sie nunmehr auf einen andern Ausweg aus ihrer selbstverschuldeten Kalamität verfallen, und diese stellt sich nach einem Insuperat des hiesigen Organs für Arbeitswilligenvermittlung, dem „General-Anz.“, folgendermaßen dar:

Während der Lohnbewegung werden für Hamburg Meister gesucht, die bereit, in Hamburg selbständig Tischlerarbeiten, speziell auf Bauten, sowie auch in den Hamburger Tischler-Werkstätten zu übernehmen; Werkzeug wird geliefert. Lohn: Hamburger Tariflohn zuzüglich 30 Proz. Meisterhonorar. Angebote erbeten an Herrn Tischlermeister Th. Meyer, Hamburg, Claus-Grothstr. 117.

Man will demnach Lübecker Meister veranlassen für Hamburg Streikarbeit zu liefern. Es ist ja möglich, daß es in Lübeck Meister und solche Leute, die sich dafür halten, gibt, welche bereit wären, Hamburger Streikarbeit auszuführen. Da werden aber die hiesigen Kollegen der Auskündigen schon ein wachsameres Augenmerk auf diese Herren richten, damit der laubere Plan der Hamburger Innungsgewaltigen ein Schlag ins Wasser bleibt.

Von der Maul- und Klauenseuche. Nachdem in Wulfsdorf die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden ist, wird die Dorfschaft Wulfsdorf zum Sperrebezirk erklärt. Der Milchwagen von dem verseuchten Gehöfte in Wulfsdorf, welcher der Hansameierei die Milch in gekochtem Zustande zuführen darf, hat um 10 Uhr vormittags dort einzutreffen; abends darf aus dem Seuchengehöfte Milch nicht abgefahren werden.

Nicht identisch ist der für die Attienbrauerei tätige Rutscher Karl Svendsen mit dem Rutscher und Arbeitswilligenvermittler Svendsen, wohnhaft Dornestraße, wie wir auf Ersuchen gern feststellen wollen.

Die Zündhölzer werden noch teurer! Das wird die Folge eines Abkommens sein, auf welches die Zündholzfabrikanten sich jetzt in Berlin geeinigt haben. Danach soll die Produktion der einzelnen Fabriken auf 45 Prozent des Reichkontingents beschränkt werden, d. h., eine Fabrik, die bisher 40 000 Pakete täglich lieferte, darf künftig nur noch 18 000 anfertigen. Die erste Folge dieser Fabrikations-einschränkung ist nämlich, daß weitere Arbeitskräfte überflüssig werden. Damit aber die Fabriken bei der beschränkten Produktion doch noch bestehen können, sind zwei Maßnahmen beschloffen worden; erstens sollen vorerst keine Abschlässe an Abnehmer usw. gemacht werden, damit der Vorrat aufgebraucht wird; zweitens werden die Preise für

die 1000er Riffe auf 295 Mark und im Winter auf 245 Mk. festgelegt. Die 1000er Riffe der giftfreien 80er Wickel soll zu 210 Mark verkauft werden. Auf diese Weise hoffen die Fabrikanten, ihren durch die Reichsfinanzreform verurteilten Schaden wieder bezu kommen und der Dumme dabei wird das Volk sein, welches dieses notwendige Haushaltungsmittel in Zukunft noch teurer als bisher bezahlen muß. Das ist auch eine Folge der blauschwarzen Blockfrucht, Reichsfinanzreform genannt, wofür sich die Wähler bei den kommenden Reichstagswahlen mit dem Stimmzettel in der Hand revanchieren mögen.

Handelsregister. Am 5. Juli 1911 ist eingetragen der Firma Ernst Wole, Lübeck, Inhaber: E. Wole, Kaufmann in Lübeck.

Doppel-Badanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 5. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 16, Luft 12; morgens 10 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 19; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 21 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 350 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 300 weibliche Personen.

Die Stadtbibliothek ist während der Sommerferien vom 10. bis 22. Juli geschlossen, vom 24. Juli bis 5. August an den Werktagen, mit Ausnahme des Sonnabends, von 10 bis 1 Uhr geöffnet. Die gewünschten Bücher sind spätestens bis um 9 Uhr morgens zu bestellen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Wegen Vorbereitung zu: „Nanon, die Wirtin vom goldenen Lamm“ bleibt Freitag das Theater geschlossen. Diese Operette erfordert eine Kostüm- und Beleuchtungsprobe, die nur morgen abend zu ermöglichen ist. Am Sonntag ist die Erstaufführung in Aussicht genommen. Als Marquis d'Albique setzt Herr Fritz Redwig sein mit so vielem Erfolg begonnenes Gastspiel fort. Die volkstümliche Sonnabend-Vorstellung, jeder Platz 50 Pf., bringt die letzte Wiederholung von G. v. Mosers entzückendem Lustspiel: „Der Weichenfresser.“

Schwartau. Auf zum Gewerkschaftsfest! Am kommenden Sonntag begeht das klassenbewußte Proletariat von Schwartau und Umgegend sein diesjähriges Gewerkschaftsfest im herrlichen Riesebusch. Wie in den Vorjahren muß auch heuer der Riesebusch am Sonntag nachmittag das Ziel der Arbeiterschaft sein. Der Festzug, der sich um 2 Uhr von der Landungsstelle der Dampfer aus in Bewegung setzt, ist in 3 Züge eingeteilt. 1. Zug: Arbeiter- und Radfahrer, Fabrikarbeiter-Verband, Holzarbeiter-Verband, Landarbeiter-Verband. 2. Zug: Turnverein „Eichenkranz“, Transportarbeiter-Verband, Frauenverein, Zimmerer, Arbeiter-Sängerbund. 3. Zug: Metallarbeiter-Verband, Tabakarbeiter-Verband, Hausangestellte, Bauarbeiter-Verband. — Für die Lübecker Teilnehmer fahren Sonntag mittags 1 1/2 Uhr präzise 2 Dampfer ab Drehbrücke und 1 Dampfer ab Duxtertorbrücke. Die Rückfahrt erfolgt abends 10 Uhr ab Schwartau.

Seerech. Achtung, Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß am Sonntag, dem 9. Juli, mittags 12 Uhr pünktlich, der Abmarsch mit Musik nach Schwartau erfolgt. Arbeiter von Seerech und Umgegend, erscheint vollzählig, damit der Zug ein recht reger wird. Gleichzeitig wird hiermit bekannt gegeben, daß am Sonnabend 8 1/2 Uhr eine Vorstandssitzung des Sozialdemokratischen Vereins mit dem Zentralvorstand von Stockelsdorf stattfindet.

Schönberg. Verzweifelte Mutter. Auf dem Gute Rogel bei Rageburg hatte eine Schnittlerin heimlich geboren und das Kind in einer Mergelgrube eingegraben. Der Vorschneider, der auf diese Sache aufmerksam gemacht wurde, erstattete hiervon eine Anzeige bei der Polizei. Diese verfügte sich an Ort und Stelle und ließ die kleine Leiche wieder ausgraben. Durch die ärztliche Sektion wird nun festgestellt werden, ob das Kind bei der Geburt gelebt hat.

Hamburg. Eine folgenschwere Gasexplosion ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag gegen 11 1/2 Uhr in der Wohnung der Familie Hildesheimer, Annenstraße 21, 3. Etage. Als die Schwester der Frau Hildesheimer am Mittwoch kurz vor Mitternacht wieder die Wohnung betrat und Licht machen wollte, ereignete sich beim Entzünden des Streichholzes eine furchtbare Explosion, deren Detonation weithin vernehmbar war. Als die durch den Knall alarmierten Hausbewohner in die Wohnung traten, fanden sie die Schwester der Frau H. mit schweren Brandwunden bedeckt auf dem Fußboden liegen. Die Wohnung selbst war stark demoliert. Sämtliche Türen- und Fensterscheiben waren zertrümmert und Teile des Mobiliars beschädigt. Frau H. lag in ihrem Bett bewußtlos. Die Mannschaft des alarmierten dritten Feuerwehrrzuges nahm sofort die Aufräumungsarbeiten vor und legte der schwerverwundeten Schwester der Frau H. Notverbände an. Frau H., die an Gasvergiftung erkrankt ist, wurde von einem Arzte in Behandlung genommen. Als Entstehungsursache der Explosion nimmt man an, daß Frau H. vergessen hat, den Gasahn in der Küche abzuschließen, wodurch das Gas ausströmte und dann explodiert ist. — Im Berufungsleben gekommen. Der jugendliche Emeritführer Otto W. Schmidt war am Dienstag abend mit seiner Schute im Tau des Schleppdampfers „Möwe I“ nach der Schuten-Wachstation im Magdeburgerhafen gebracht worden, wo er das Fahrzeug festlegen wollte. Der 17jährige junge Mann stand auf der Brücke, als die Schute einen heftigen Stoß von einer anderen Schute bekam. Durch diese Erschütterung stürzte er über Bord ins Wasser. Er kam auch mehrere Male wieder hoch, doch konnten die sich in seiner Nähe befindlichen Emeritführer ihn nicht fassen, da er durch den dort herrschenden reißenden Ebbestrom erfasst und mit fortgerissen wurde. Seine Leiche konnte noch nicht aufgefunden werden.

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. Leider haben einige Bedenken gegen § 3 des Baupflegegesetzes Montag dazu geführt, die ganze Senatsvorlage an den Ausschuss zurückzuweisen, der seine Beratungen nun erst nach den Ferien, also nicht vor dem Herbst, wieder aufnehmen können. Der § 3 des Baupflegegesetzes stellt eine Entschädigung nur dann in Aussicht, wenn der Einspruch aufrechterhalten wird, obwohl dem Eigentümer eines Baudenkmal (§ 2, Ziffer 2) oder eines Reklamezeichens (§ 2, Ziffer 4b) aus den Maßnahmen der Baupflegekommission unverhältnismäßige Kosten erwachsen. Die Mehrheit der Bürgerschaft wollte die Entschädigungspflicht des Staates weiter gefaßt wissen, was der Senat ablehnte. Schließlich kam es, wie gesagt, zur Zurückverweisung des Baupflegegesetzes an den Ausschuss. Aus den übrigen Verhandlungen ist hervorzuhellen, daß eine vom Senat beantragte Nachbewilligung für die Herstellung einer konstanten Wasserversorgung einem Ausschuss von neun Personen überwiesen wurde. Man hofft durch diese Vorlage eine Erniedrigung der Betriebskosten des Wasserwerkes herbeizuführen. Dann wurde noch die Errichtung eines Lutherdenkmals beschlossen. Wir wüßten für Staatsgelder bessere Verwendung. **Kiel.** Wer das Kreuz trägt, segnet sich zuerst. Das ist niemals wohl taum deutlicher zutage getreten, als bei der Weisold- und Waskreuzreform, die am Diens-

tag abend die Kieler Stadtkollegien beschäftigte. Die Vorlage war bekanntlich mit der in der vorigen Sitzung beschlossenen Verpachtung der beiden städtischen Theater zusammengeknüpft worden. Man wollte sie denn auch, nachdem die Theaterfrage durch die Majorität der bürgerlichen Stadtvorordneten im Sinne der Vorschläge des Bürgermeisters Lindemann erledigt worden war, noch an demselben Abend durch en-bloc-Annahme kurzerhand abtun. Die Suppe wurde ihnen jedoch durch die Vertreter der Arbeiterschaft versalzen, die mit den Herren noch ein ernstes Wortchen zu reden hatten. Waren doch in der Vorlage für die Gehaltserhöhung für etwa 20 der bestbezahltesten Beamten nicht weniger als 19300 Mark in Vorschlag gebracht, so daß auf jeden der Herren etwa 1000 Mark entfallen, für jedes Magistratsmitglied allein 6600 Mk. jährlich, während für insgesamt 760 Arbeiter nur 68000 Mk. vorgesehen waren. Unsere Vertreter hatten daher zwei Anträge gestellt, dahinszielend, den Tagelohn der Arbeiter pro Tag um 10 Pf. höher zu bemessen und die Wagnenarbeiter mit in die Aufbesserung hineinzuziehen. Die höheren Beamten mit ihren hohen Gehältern sollten, so wurde in der Debatte von unseren Genossen ausgeführt, so lange warten, bis die finanzielle Lage der Stadt es erlaubt, ihnen die Aufbesserungen zu Teil werden zu lassen. Einige der höheren Beamten hätten überhaupt hohen Nebenverdienst. Es erweise auch nicht notwendig, bei den Mittelschullehrern und Rektoren über den im Gesetz vorgesehenen Unterschied mit den Lehrern und Rektoren der Volksschulen hinauszugehen. Mit vollem Recht wurde ferner bemängelt, daß dem Wunsche der städtischen Arbeiter, ihnen statt der Stunden- bezw. Tagelöhne Wochenlöhne zu zahlen, damit sie nicht der Vergütung für die gesetzlichen Feiertage verlustig gehen, nicht Rechnung getragen werden solle. Es half jedoch alles nichts. Mit Ausnahme des Vorstehers Dr. Wilmann, der wieder die en-bloc-Annahme der Vorlage kurz empfahl, meldete sich einer der Bürgerlichen überhaupt nicht zum Wort. Die Vorlage wurde vielmehr mit sämtlichen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen, die beiden Anträge abgelehnt. Berprochen wurde einzig, die Berücksichtigung der Bühnenarbeiter zu prüfen. Erwähnt sei noch, daß in der Vorlage von der für die Reaktorenheizer der Gasanstalten geforderten Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ebenfalls nicht die Rede ist. Daß der Magistrat einstimmig für die ansehnliche Gehaltserhöhung für seine bediensteten Mitglieder votierte, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. — Aus der Sitzung ist ferner noch zu erwähnen die Bewilligung von 2000 Mk. für die Veranstaltung eines Sommerfests oder vielmehr Saufgelages zur Feier der Immatrikulation des 2000. Studenten gegen den Protest der Sozialdemokraten. — Der Antrag des letzteren auf Errichtung eines Krematoriums wurde dem Magistrat zur Prüfung überwiesen.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. Die „Haubenlerche“, Schauspiel in 4 Akten von Wildenbruch. Der Verfasser der „Quixote“ und diverser vielaufgeführter Ritterstücke begab sich mit diesem angeblich sozialen Schauspiel auf einen Boden, der ihm seinem ganzen Wesen nach fremd war. Deshalb sind auch die von ihm gezeichneten Charaktere Zerrbilder der Wirklichkeit geworden, über deren Nativität jeder Kenner der tatsächlichen Verhältnisse unwillkürlich lächeln muß. Wenn sich trotzdem die „Haubenlerche“ lange Zeit auf dem Repertoire zahlreicher Bühnen gehalten hat und noch jetzt hin und wieder aus der wohlverdienten Ruhe vor das Rampenlicht gezerrt wird, so ist das gewiß dem Umstande zuzuschreiben, daß dem Schauspiel eine gewisse Bühnenwirksamkeit nicht abzuspochen ist und es noch immer Leute gibt, deren Harmlosigkeit und Anpruchslosigkeit im Theater auch an einem aus lauter Unmöglichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten zusammengesetzten Gerüst Geschmack findet. Die Aufführung, welche „Die Haubenlerche“ gestern an unserer Sommerbühne fand, war lobenswert. Herr Pichon, der auch den wenig männlichen Wüttgesellen Jhlefiedl annehmbar zu gestalten mußte, hatte für eine hübsche Inszenierung und ein tüchtiges Zusammenpiel gesorgt. Eine prächtige Typographie schuf Herr Seidler als Ontel Schmalebach. Der sonst sehr wirksame Lebejüngling Hermann des Herrn Kleinschegg hätte gern eine noch größere Dosis Frivolität vertragen können. Mit dem sonderbaren, edelmütig-tiefenden Fabrikanten August mußte Herr Mehner nicht viel anzufangen; ihm fehlt die innere Wärme und deshalb vermag er auch selbst nicht zu erwärmen. Eine hübsche Talentprobe, der nur noch der letzte Schluß fehlte, bot Fr. Stettner als Lena. Sie gab das Fabrikmädel mit dem bezeichnenden Beinamen „Haubenlerche“ allerdings etwas zu schwer. Die übrigen Rollen waren mit den Damen Bracco und Pawlow ausreichend besetzt. Der Vorstellung mangelte es nicht an Beifall. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 5. Juli.
Bauern-Butter Pfd. — 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hafen — Mk., Enten 2,00—3,00 Mk., Hühner 2,00—3,00 Mk., Rufen Stück 1—1,30 Mk., Tauben Stück 0,55—0,70 Pf., Gänse Stück —, Ferkeln 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schmelztopf Pfd. 55—60 Pf., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 8 Stück 60 Pf., Geringe St. — Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen — 0,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleihe Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pf., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl 10 Kopsf. 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirichen Pfd. 20—30 Pf., Kartoffeln neue 10 Pf. 1,00—1,50 Pf., Mand Pfd. — Pf.

Getreidepreise. Lübeck, 5. Juli.
Weizen, 125—130 Pfd. holl. 190—193 Mk., Roggen 116—122 Pfd., holl. 160—168 Mk., Gerste, nach Qualität 160—170 Mk., Hafer, nach Qualität, 165—175 Mk. hochfein über Stottz, per 1000 Kilo.
Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 5. Juli.
1. Klasse 548 Drittel zu 117,59 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 40 „ 111,20 Mk.
Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Sellwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johanna's Stelle, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg. Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrass 46.

Es wird gewaschen u. geplättet

bei Fr. Helmreich, Fackenburg.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kohlm. Markt 4 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. u. a.:

- Gederhosen . . . 2.20—6.45
- Maurerhosen . . . 2.60—8.75
- Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
- Überziehhosen . . . 1.08—2.85
- Zwitrhosen . . . 1.68—3.25

leinene Jacken, Schräge u. gerade, 1.28, Kafen, Hemden, Schlachterjacken, Freiseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pfg. bis 1.88 M. Rote Lubecam.

Arbeiter-Abstinenzbünd

Versammlung

am Freitag, 7. Juli, abds. 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Der Vorstand.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 9. Juli: Ausflug nach Schlutup. Abmarsch 2 1/2 Uhr von der Burgtorbrücke. Der Jugendausschuß.



Arbeiter-Abstinenzbünd

Verein „Planer“

Fackenburg.

Einladung zum

11. Stiftungs-Fest

bestehend in Preisschießen und Preistegeln am Sonntag, 9. Juli, in F. L. Paetaus Gesellschaftshaus Anfang der Korfsofahrt 4 Uhr. Anfang des Balles 7 Uhr. Der Vorstand.

NB. Die umliegenden Bundesvereine sind hiermit freundlichst eingeladen.

Stadthallentheater.

Wegen Vorbereitung zu „Nanon“ findet heute keine Vorstellung statt. Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.

Der Veilchenfresser

Sonntag: Nanon. Marquis d'Alubigué — Fritz Redwig.

Zum 1. Oktober eine 2-Stuben-Wohnung zu vermieten. E. Beier, Barmwerk.

2 Wohnungen

Zum 1. Oktober zu vermieten. Storfelddorf, Lohstraße 20.

Zu sofort oder zum 1. Oktober eine 2-Zimmer-Wohnung mit Stall und Garten zu vermieten. H. Maab, Schönböden.

Ein möbl. Zimmer

nach vorn zu vermieten. Westhoffstraße 45, I.

Zu vermieten zum 1. Oktober 2-Zimmer-Wohnungen Näheres Kolt 20.

Zum 1. Oktober kleine 3-Zimmerwohnung kleine Petersgrube 11, Miete 200 M. Zu erfragen Obertrave 8.

Eine 3-Stuben-Wohnung

zum 1. Oktbr. zu vermieten. Preis 100 M. P. Moll, Barmwerk.

Ges. zu sofort eine Waschfrau.

Friedenstraße 48, part.

Junge Frau sucht Beschäftigung für die Volksfesttage, am liebsten in einer Spielbude. Angebote unt. B G an die Exped. d. Bl.

Umständl. neue, mod. Schlafzimmer-Einrichtung sehr billig zu verkaufen. Fleischhauerstr. 79, pt.

50 Rüten zu verkaufen

Stück 50 Pfg. Drögestr. 11. Fernspr. 2128.

Kaufe gerne alte Glasschr. sowie alte mahagoni Möbel. G. Walter, Wahnstr. 28.

Eine Hobelbank

zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter J S an die Exped. d. Bl.

Käselager Schlumacherstr. 12.

Tilsiter Pfund 20 Pfg. Schweizerkäse Pfd. 30 u. 40 Pfg. Verkauf auf der Diele.

Der Geist der Unzufriedenheit

in Bildern, Löchern und Versen

Von G. Brandt • Preis M. 2,50

Diese aktuelle politische Satyre in Bild und Wort wird allen Freunden unserer „Polizei“ viel Vergnügen bereiten. Es ist ein ganz eigenartiges Werk, das überall großes Aufsehen erregen muß.



Zu beziehen durch: Friedr. Meyer & Co.

Reim-Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Arb.- u. Berufs-Kl. J. H. Pein, am Markt. Richard Karstadt, Eutin. Richard Wagner, Reinfeld. K. Quitzan, Schwarzen, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl. F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien Paul Burmeister, Lübeck, Lg. Lohb. 49. Dampf-B. u. Kondit. J. Eixmann, Fischergrube 47. H. Jargstorf, Warendorferstr. 36. R. Kasch, Fleischhauerstr. 52. Fein- u. Weißbrotbäckerei. With. Krahn, Fackeb. Allee 57 a. Ad. Hinzelmann, Schulstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot. B. Plath, Lubeckerstr. 3. W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag. Central-Beerdigungsanstalt A. Brodersen, Anglesstr. 7. Tel. 1090. Paulstr. 18. Särge in allen Preislagen. H. Lorenburg, in allen Preislagen. C. Thiessen & Sohn, Wahnstr. 29. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen. C. Weib, Lager Leichter Särge. H. Krüger, Hensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlenstellen H. Faasch, Gr. Cröpelgrube 14. Hansa J. Dettmann, Beckergroße 51. J. Kalkbrenner, Warendorferstr. 23. Friedrichstr. 7.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint dreimal wöchentlich

Richard Wagner, Reinfeld.

Brauereien Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75. Kieler Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 96. Fernspr. 1274.

Lübecker Hansa-Bier.

Lübecker Vereinsbräu.

F. Weiermiller, Schwartauer Allee No. 3b. Eimerb. b. Meyenberg, Warendorferstr. 36. Franz Langloß, Schlutupstr. 11. Braubier.

Brennmaterialien H. Schütt, Augustenstr. 14/14a. L. Wollbrandt, Rosengarten 10.

Bürsten, Kämme Butter-, Käsehdign. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. H. Philipp, Fackeb. Allee 90. W. Rockstein, Hüst. 23. W. Semrau, Hüst.

Cacao, Chocol., Tee Line Schwarz, Lübeck, Hüst. 12.

Cigarrenhandlgn. A. Burmeister, Lubeck, Fackeb. Allee 49. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. R. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüst. Rob. Killeß, Engelsgrube 31. Paul Jarkow, Seiditzstr. 13. C. J. Jarkow, garten, Tabake. Jacob Meier, Warendorferstr. 19a. Paul Thiel, Beckergroße 31. Wilh. Bähak, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Dampfwasch-, Plättanst.

Groß-Dampfwascherei „Vorwerk“, Wäsche-Verleih-Institut, T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche. Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Ang. Prosch, Waschanst., Petzerstr. 1e.

Drogerien W. Hohenschild, Marlstr. 42c. T. 736. Aug. Prosch, Mühlenstr. 38.

Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackeb. Allee 53. Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Koth, Frister & Robmann - Nähmasch.

Farben u. Lacke J. Becker, Domestr. 29. W. Hohenschild, Marlstr. 42c. P. 736. Ferd. Kayser, Breitestr. 81. Ang. Prosch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Elswigstr. 1a. H. A. Wulff, Fleisch- u. Wurstwaren. Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.

Carl Joost, Beckergroße 30. C. Klein, Pfaffenstr. 14. W. Lemcke, An der Mauer 41 a. F. Möck, Kipferschmiedestr. 68. Wilh. Pöhl, Fabrik mit elektr. Btt. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55. Gust. Zach, Kottwitzstr. 32. E. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstw.

Friseure, Parfüm. Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant-, Spielwar. C. Bliessath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Häute und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendete Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar. Fedder J. Behm, Hansastr. 97. Johs. Breede, Dankwartsgr. 37. Reinhold Büsch, Arnimstr. 12. Heinar Franck, Wahnstr. 67. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. Carl Hudoffskey, Marlstr. 44. D. Kerch, Lg. Lohberg 37. Heinar Lohse, Johannistr. 68.

Kurz-, Weiss-, Wollw.

O. Sinnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest. 12 a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau. K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine Hintze & Storch, Möbel-Fabrik, Moisl. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik. J. Pampel, Mühlenstr. 47. Wohnungseingeh. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte Hansa-Milcherei für die Amme Lübeck, Lieferantin von Milchprodukten aller Art.

Meiereien Meierei Rensefeld Inh. Paul Rieker, Vorkühlfahrte Bezugsquelle für Milch u. Butter. Meierei Schwarzw. Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144. Milch u. f. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannistr. 15. Samson & Co., Breitestr. 39. Erstes u. größtes Atelier mit billigen Preisen am Platze. Th. Brub, Reinfeld, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren Franz Gensmer, Fackeb. Allee 10b. F. Wichmann, Hüst. 46. Sa. Högger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste. Fritz Rehm, Beckergroße 20.

Trikot-, Strumpfw. E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren, Goldwaren August Bättner, Uhrmacher Hüst. 32. Willh. Westfahl, Holstenstr. 32. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt. Otto Eggers, Lübeck, Hüst. 43.

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Putz u. Modewaren B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren Aug. Burmeister, Lübeck, Allee 48. M. Maxein Wwe., Moisl. Allee 40a. Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. Richard Wagner, Reinfeld.

Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren Franz Gensmer, Fackeb. Allee 10b. F. Wichmann, Hüst. 46. Sa. Högger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste. Fritz Rehm, Beckergroße 20.

Trikot-, Strumpfw. E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren, Goldwaren August Bättner, Uhrmacher Hüst. 32. Willh. Westfahl, Holstenstr. 32. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt. Otto Eggers, Lübeck, Hüst. 43.

Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Hüst. 8. T. 1095. Friedr. Otte, 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Der amerikanische Stahltrust vor den Schranken des Parlaments.

Aus New York wird uns geschrieben:

Vor einem Untersuchungskomitee des Bundes-Abgeordnetenhauses zu Washington finden seit Ende Mai Zeugnisaussagen statt, die das sensationellste Kapitel der amerikanischen Zeitgeschichte, nämlich die Gründung und Entwicklung der „United States Steel Corporation“, gewöhnlich Stahltrust (nicht Steel-Corporation) genannt, zum Gegenstande haben. Bei dieser parlamentarischen Untersuchung handelt es sich offenbar um ein politisches Mandat, das der Amerikaner als „fishing expedition“ bezeichnet, das heißt, die Demokraten, neuerdings die herrschende Partei im Abgeordnetenhause, wünschen hierbei allerhand Agitationsmaterial zu fischen, das sich in der nächstjährigen Wahlbewegung vielleicht gegen die Republikaner fruktifizieren läßt. Solche „Untersuchungen“ sind in Amerika, und zwar in den „States“, wie im Bunde, jedesmal nach dem Wechsel des politischen Regimes unausbleiblich, denn bei der gründlichen Verkommenheit beider kapitalistischen Parteien ist es immer von vornherein sicher, daß der faulere Fische nicht wenige gefangen werden. Auch die Stahltrust-Untersuchung hat bereits einige artige Enthüllungen zutage gefördert, obwohl bisher erst zwei wichtigere Zeugen vernommen worden sind. Der erste der beiden war der Anteressantere, und zwar war es der frühere Staheldrahtreisende und jetzige Großfinanzier John Gates, der an der Gründung des Stahltrusts beteiligt war, seitdem aber mit der den Trust noch heute „kontrollierenden“ Morgan-Gruppe zerfallen, also gerade der richtige Mann ist, ein wenig aus der Schule zu plaudern. Der gute Andrew Carnegie, der seitdem als Allererwählter „Wohltäter“ und Weltfriedensstifter Karriere gemacht hat, war nach dem Zeugnis des Mistfers Gates ein arger Störenfried im Stahlgewerbe. Er schloß zwar schon damals gern Friedensverträge, das heißt Vereinbarungen mit der Konkurrenz, ab, um Preisunterbietungen zu verhindern, war aber dann selber immer der erste, der unter der Hand unter die vereinbarten Preise hinunterging und dadurch den Mitbewerbern die Kunden abjagte. Um den braven „Andy“ kaltzustellen und zurechtzubringen ins Stahlgewerbe zu bringen, kam Morgan, der Finanz-Cäsar, auf den Gedanken der Trustgründung, der ja damals überhaupt in der Luft lag. Vorher hatten schon Carnegies eigne Partner einen Versuch gemacht, den „großen Schotten“ auszukufen; gegen Barzahlung einer Million Dollar hatten sie bereits das Recht auf die Carnegieschen Stahlwerke erworben, und Carnegie hatte sich seinerseits verpflichtet, den beiden, Moore und Frick mit Namen, seine Werke für 100 000 000 Dollar zu verkaufen, falls diese Bagatelle innerhalb einer gewissen Frist aufgebracht wäre. Die beiden Kapitalisten brachten soviel Kleingeld aber nicht zusammen, und Carnegie behielt seine Stahlwerke und die angezahlte Million dazu. Dann warf er sich auf das Eisenbahngewerbe und schickte sich überdies an, auch die Konkurrenz mit der Morganischen Stahlröhren-Gesellschaft aufzunehmen, und nun kam es zu jener denkwürdigen Nachsichtigung der Morgan, Gates und Schwab, in der die Gründung des Stahltrusts beschlossen wurde, mit den Carnegie-Werken als Kristallisationspunkt. Andy, der Brave, forderte zwar nun just das Doppelte der erst kurz zuvor mit den Kapi-

talisten Frick und Gates vereinbarten Summe, also 320 Millionen Dollar, aber das konnte die Gründer nicht erschrecken, die auch andere Anlagen zu ähnlich übertriebenen Preisen übernahmen und zu der ungeheueren Kapitalisation von 1500 Millionen Dollar gelangten. Dem stand ein erworbener tatsächlicher Besitz von höchstens einem Drittel dieses Wertes gegenüber, etwa zwei Drittel des Kapitals waren also pures Wasser. Das hinderte aber nicht, daß abgesehen von nur wenigen Jahren, für die Dividende nur auf die 500 Millionen gewöhnlicher Aktien „ausgeschüttet“ wurden, von den Stahlverbrauchern und mittelbar vom amerikanischen Volke eine regelmäßige gute Verzinsung des ganzen Gründungskapitals erpreßt werden konnte, dank der monopolistischen Übermacht des Trusts und der Stahlzölle. Wenn ein Krämer sich bei einer Pfandbeilehung seines Krams eine ähnliche „Überkapitalisation“ im kleinsten Maße leistet und sich auf solche Weise Geld verschafft, für das keine Deckung an tatsächlichem Eigentum existiert, so setzt er sich in Amerika wie anderswo einer Prozeßierung wegen gemeinen Betruges aus. Aber was in diesem Falle Betrug genannt wird, heißt, wenn im großen unternommen, „Hochfinanz“, und bestraft ist dann immer nur das liebe Publikum. Seit etwa zehn Jahren zum Beispiel ist der Aktienpreis nie unter 20 Dollar pro Tonne gesunken, und wenn das Rohmaterial noch so sehr im Preise fiel. Gefragt, was es hiermit für eine Verwandtschaft habe, meinte der jetzige Chef des Stahltrusts, Erichler Gary, vor dem Kongreß-Komitee später, die Schienen-Konsumenten hätten den Preis von 20 Dollar eben stets für „angemessen“ gehalten! Was die weiteren Aussagen des Herrn Gates anbelangt, so ist noch seine Darstellung der Erwerbung der „Tennessee Coal and Iron Comp.“ durch den Stahltrust von Interesse. Es handelt sich hierbei um die Beseitigung einer dem Trust erstandenen lästigen Konkurrenz, an der Gates beteiligt war. Ein New Yorker Finanzinstitut war während der sogenannten „Roosvelt-Panik“ vom Jahre 1907 knapp an Kleingeld geworden, und Morgan, der die Krise mit seinen Kapitalvermehrungs- und Gaunereien großenteils erst hervorgerufen hatte, um sie dann Roosevelt in die Schuhe zu schieben, erschien nun als Retter des Vaterlands, indem er jener Bank zu Hilfe kam. Der Zufall wollte, daß diese sich etwas zu stark gerade in Aktien der „Tennessee Coal and Iron Comp.“ engagiert hatte, und diese nicht mehr zweifelsfreien Papierchen setzte Morgan nun durch solidere Scheine, ausgerechnet durch Aktien des Stahltrusts, der damit die „Kontrolle“ über jene Konkurrenzunternehmung erlangte und sie programmäßig verschluckte. Das geschah übrigens nicht ohne hohe Genehmigung des Trustverwalters Roosevelt, den ein Unterhändler Morgans vor dem Abschluß des Handels in Washington aufsuchte. Auf die ganze Finanzkrisis jenes Jahres hatte die „rettende“ Tat Morgans, die den Trust auf dem Eisen- und Stahlmarkt allmächtig machte, tatsächlich nicht den allergeringsten rettenden Einfluß. Ehren-Roosevelt spricht aber nicht gern von der ganzen Affäre, mit der er sich, nachdem er schon vorher nie daran gedacht hatte, das Anti-Trustgesetz gegen den Stahltrust anzuwenden, auch noch zum tätigen Komplizen dieser verwegener Gesetzesverächter und volksauslaugenden Monopolisten gemacht hatte. Von Gary erfuhrt man noch, daß das von Roosevelt geschaffene Korporationsamt den Trust zwar schon seit vollen vier Jahren „untersucht“, und der Trustpräsident erklärte, er habe dieser Behörde schon „ein ganzes Haus voll“ Information geliefert — bis heute

ist aber noch nicht das geringste davon zur Kenntnis des Volkes gebracht worden, das überhaupt erst durch den Zeugen Gates von dieser vierjährigen Stahltrust-Enquete Kenntnis erlangt hat! Daß der Stahltrust eben ein Trust ist, wie er im Buche steht und durch das Gesetz verboten ist, steht aber außer Frage, und an seiner Prozeßierung wird sich die Laßtische Administration nur nicht mehr lange vorbeidrücken können.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung der Oderschiffer. In letzter Stunde, am 1. Juli, als in Stettin, Breslau und mehreren anderen Stationen die Schiffsmannschaften die Fahrzeuge bereits verlassen, hat die Neue Oder-Elbe-Flottille die Forderungen der Mannschaften bewilligt und die Verträge unterzeichnet. Mit anderen kleinen Firmen werden in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden, doch sind hier Differenzen ziemlich ausgeschlossen, da die Hauptforderung, eine Lohnerhöhung, bewilligt ist.

Zum Formertreik im pommerischen Industriegebiet. Nach dem resultatlosen Verlauf der letzten Verhandlungen haben die Former und Gießereiarbeiter, in einigen Betrieben auch Schlosser und Dreher, überall dort die Arbeit eingestellt, wo die Forderungen nicht bewilligt sind. Vier Betriebe haben bewilligt, in 19 Betrieben stehen 914 Arbeiter im Streik. Davon gehören 636 dem Metallarbeiterverband und 278 dem Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein an; von der Gesamtzahl der Streikenden entfallen auf Torgelow 555, Uckermark 137, Wolgast 131 und Pasewalk 91. Der Streik dauert bereits drei Wochen. Bei den Unternehmern scheint das Verlangen nach Frieden vorhanden zu sein. Das ist verständlich, wenn man weiß, daß mit zwei Ausnahmen die bestrittenen Betriebe zum Stillstand gebracht sind. Diese zwei Ausnahmen verbessern jedoch die Position der Unternehmer nicht im geringsten, können sie doch den bedrängten Firmen keine Hilfe leisten, da sie selbst mit größter Not nur die eiligste Arbeit für sich fertig stellen können. Das Gewerbegericht in Uckermark lüdt Verhandlungen anzubahnen, wahrscheinlich auf Ansuchen der Unternehmer. Die Arbeiter haben keinen Anstoß dazu gegeben. Es soll nämlich unter Ausschaltung der Organisationsleitungen verhandelt werden. Darauf wollen die Streikenden aber nicht eingehen. Es ist dem Gewerbegericht die Mitteilung gemacht worden, daß auf die Hinzuziehung der Organisationsvertreter nicht verzichtet werden kann, ferner, daß auch der Ort Wolgast, den das Gewerbegericht ausschließen wollte, in die Verhandlungen einbezogen werden muß. Die Antworten hierauf stehen noch aus.

Tarifabschluß im Bäckergewerbe. Zwischen dem Verband der Bäcker und der Ortsgruppe Elberfeld des rheinisch-westfälischen Brotfabrikantenverbandes wurde am Montagabend ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Minimallohn beträgt für Bäcker pro Woche 29 Mk., für solche, die ein Jahr beschäftigt sind, 30 Mk. Teigmacher und Ofenarbeiter erhalten 2 Mk. und Backmeister 4 Mk. mehr als die Bäcker. In Betrieben, wo kein Freibrot gewährt wird, wird 1 Mk. Lohn mehr bezahlt. Die wöchentliche Arbeitszeit, die bis jetzt 66 Stunden betrug, beträgt nunmehr, auf 6 Arbeitsschichten verteilt, 63 Stunden einschließlich einer Pause von einer Stunde oder zweimal einer halben Stunde pro Arbeitsschicht. Für überstunden werden 65 Pfg. bezahlt, Zuschüssen erhalten pro Schicht 5,50 Mk. Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen, mit Ausnahme des Karfreitags, werden mit überstundenlohn bezahlt. Arbeiter, die am 1. Juli 1911 ein Jahr beschäftigt waren, erhalten im Jahre 1911 vier Tage Ferien. In den folgenden Jahren werden nach einjähriger Beschäftigung vier und nach zweijähriger Beschäftigung sechs Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Der Tarif, der außerdem sanitäre Einrichtungen der Betriebe vorschreibt und zur Schlichtung von Streitigkeiten ein Tarif-

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtel.

(98. Fortsetzung.)

Guido hatte diesen Brief laut vorgelesen, mit fester Stimme, gleichsam um sich den Inhalt und die Bedeutung desselben recht ins Gemüt zu führen. Er sagte dann zu Anton:

Es war nicht unsere Schuld, daß von unserer Seite nichts für Dich geschehen konnte; weder meine Schuld, noch meiner seligen Mutter, am allerwenigsten meiner guten Frau, die, nachdem sie durch mich von Deiner Existenz erfahren, tief bekümmert war, nicht für Dich sorgen zu dürfen. Deine Mutter hatte es also gewollt: die furchtbarste Drohung ward durch sie an jeden Versuch geknüpft, den wir gewagt hätten, Dir hilfreich zu sein. Auch wänte ich Dich mit ihr in weiter Ferne. Jetzt bist Du hier, und ich freue mich dessen. Daß Julia Dir Mutter werde, bedarf es der dringenden Mahnung dieses Briefes nicht. Du selbst sollst bestimmen, was wir für Dich tun, in welche Formen wir unsere Pflichten für Dich kleiden dürfen. Fürs erste bleibe einige Tage hier, daß ich Dich, daß ich Deine Vergangenheit kennen lerne. Unterdessen kehrt die Gräfin aus Soppiental heim, und dann ...

Diese Rede ward unterbrochen durch das Geräusch eines am Schlosse vorfahrenden Wagens, dem der Graf aufmerksam Gehör zuwendete, wobei der Ausdruck ängstlicher Besorgnis seine bisher freundlichen Mienen verdüsterte. Er ließ Anton nach dem Vorzimmer gehen und einen Diener herbeirufen. Als dieser kam, fragte er hastig: „Wer war's?“ Und als der Diener entgegnete: „Der junge Graf!“ warf sich Guido halb zornig, halb niedergeschlagen in seinen Lehnstuhl zurück, laut ausrufend: „Den führt ein böser Geist um diese Stunde nach Hause!“

Anton begriff, daß er in einem Sohne seines Vaters, den eine solche Äußerung empfangen, keinen Bruder zu erwarten habe, und fragte bescheiden, ob er sich entfernen solle.

Graf Guido winkte ihm, zu bleiben. „Geschehen muß es doch, erfahren muß er es doch, daß Du lebst und Ansprüche hast, zu leben. Besser heute, als später! Vielleicht kommen wir mit einem Sturme durch! Anton, Du wirst in diesem Hause etwas erblicken, was selten ist: einen Sohn, den seine eigene Mutter (gegen alle Welt nur Guld und Güte) geringachtet, meidet, haßt, soweit sie haßen kann! Einen Sohn, den sein Vater ab-

göttlich liebte, verzog, sich über den Kopf wachsen ließ, und den er nun fürchtet, wie man nur einen grausamen Tyrannen fürchten kann, weil die Affenliebe für ihn noch nicht besiegt ist; einen Sohn endlich, der, die Selbstsucht in Person, für keinen Menschen ein Herz hat, für seine Eltern am wenigsten; der in Müßiggang und Wildheit die Zeit verschwendet und sich hier nur blicken läßt, wenn er Geld braucht. Ich hatte nur noch eine Hoffnung für ihn: er sollte die Tochter aus einer Familie heiraten, mit der ich vermandt bin; einer Familie, wo strenge Sitte und frommer Ernst vorherrschen. Dort sollte er die weiltäufigen, etwas berängerten Besitztümer übernehmen, mit meinem Gelde nachhelfen, durch Tätigkeit und Fleiß unter seiner Schwiegereltern Obhut auf eine andere Bahn geleitet werden; wir hofften, das würde ihn ermannen und zu sich selbst bringen; ihn lächeln es anzulächeln, daß er dadurch sein eigener Herr, Herr eines Hauses und einiger großer Landgüter werden könne. Doch alles zeigte sich als kurzer Traum, aus welchem seine plötzliche Rückkehr, verbunden mit der determinierten Erklärung, die Braut gefalle ihm nicht, uns erweckte. Seitdem treibt er es ärger als je.“

Anton hatte schon im Sinn, nach dem Taufnamen des ungeratenen Söhnchens zu fragen, weil er sich Gewißheit verschaffen wollte, ob eine düstere Ahnung, die ihm bei dieser Schilderung durchs Gedächtnis zog, wahr werden könne. Doch wurde ihm diese unangenehme Mühe erspart, denn Graf Louis trat hastig ein.

„Was will dieser Mensch?“ rief er, mit der Reizgerte auf Anton deutend, ehe er noch einen Gruß für den Vater gefunden. Der Vater entgegnete mit fast erkünstelter Festigkeit: „Dieser Mensch ist Dein Bruder!“

„War Graf Erlenstein schon einmal verheiratet, ehe er meiner Mutter die Hand reichte? Wie?“

Graf Guido verstummte vor Gram und Zorn.

„Einen Bastard soll ich doch nicht etwa Bruder nennen? Ich begreife nicht, mein Vater, wie Sie mir eine Zumutung dieser Art machen mögen! Noch weniger aber kann ich begreifen, wie Sie einem Burschen seiner Art hier Eintritt gestatten. Ein Herumtreiber und Gaukler, ein Knecht und Menageriewärter, ein Vagabund, der schlechter Streicher halber vor der Polizei aus einer Stadt in die andere fliehen muß, der sich in vornehme Häuser stellt als Musikant, als Tanzmeister, und dann entweicht, wenn er sich erkannt sieht! Schicken Sie ihn fort, mein Vater, sonst lasse ich ihn binden und unsere Amtsdienner bringen ihn nach der Kreisstadt.“

Graf Guido warf seine Augen von Louis auf Anton,

von Anton auf Louis, als wenn er beide fragen wollte, ob und woher sie sich kannten. Louis schaute vor. Anton fand Kraft, sich zu beherrschen, zu schweigen; doch war er noch nicht so weit Herr über sich, ruhig zu sagen, was sagen zu wollen er sich bereits entschlossen fühlte.

Der Vater hatte unterdessen Antoinettes Brief zusammengefasst und denselben, um ihn den Blicken seines „rechtmäßigen“ Sohnes und Erben zu entziehen, unter anderen Papieren verborgen.

Noch einmal hob Louis an: „Wird der Landstreicher nun bald seiner Wege gehen?“

Noch einmal wendete Guido einen bittenden Blick auf Anton, der so viel sagen sollte, als: „Rechtfertige dich!“

Dieser nahm das Wort:

„Herr Graf, ich habe nur die Befehle meiner sterbenden Mutter ausgeführt, da ich hier mit innerlichem Widerstreben einbrang. Sie haben mich liebevoll aufgenommen, ich danke Ihnen für die väterlich edlen Absichten, die Sie mir kund getan; ich nehme schätzend Achtung und kindliche Verehrung für Sie in meinem Herzen mit mir fort, aber ich muß scheiden. Ich kann und darf mich zwischen Sie und Ihren Sohn nicht drängen. Die Teilnahme, die Sie mir, nach oder fern, gönnen wollten, müßte ewigen Zwiespalt herbeiführen. Von Versöhnung zwischen ihm und mir kann niemals die Rede sein. Er haßt mich auf Leben und Tod; er weiß, warum er es tut; er hat recht, mich zu haßen. Ich gebe es ihm von ganzer Seele zurück. Doch er ist Ihr Sohn, er ist der Sohn der Gräfin Julia, und ich weiche ihm. Leben Sie wohl, mein — mein Herr Graf!“

Anton, bleibe bei mir! Er liebt uns nicht. Du hättest mich geliebt, und ich Dich. Reinige Dich von den Anklagen, die er gegen Dich vorgebracht und bleibe bei uns!

Ich kann ihn nicht Lügen strafen. Es ist wahr, daß ich ein Vagabundenleben führte; es ist wahr, daß ich als Knecht und Gaukler mein Dasein fristete. Wenn ich dennoch mehr wert bin als er, wenn ich meine Ehre dennoch besser bewahrte als er, so sind meine Ehre und mein Wert zu hoch über ihm, um mich auf einen Wortstreit mit ihm einzulassen. Einen anderen jedoch darf ich in diesen Räumen mit ihm nicht beginnen, denn er ist der Sohn des Hauses. Ist er ihm an jedem anderen Orte gefällig ... er weiß, wie ich meine Sachen ausfechte, auch ohne Waffen. Gewissen Gelden gegenüber genügt der Stock. Noch einmal, Herr Graf, leben Sie wohl und seien Sie gewiß, daß ich Ihnen in Liebe und dankbarer Anhänglichkeit ergebe bleibe.“

am unter Vorsitz des Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu Oberfeld vorsteht, gilt bis zum 1. Juli 1914 mit der Maßgabe, daß im dritten Berichtsjahre allen Arbeitern der Lohn um 1 Mk. erhöht wird.

In den Kleinbäckereien von Oberfeld-Barmen stehen die Gesellen noch im Streik. Die Bäckerinnung von Oberfeld stellt den Forderungen der Gesellen den hartnäckigsten Widerstand entgegen, konnte aber nicht verhindern, daß bis jetzt 20 Kleinbetriebe, die 84 Gesellen beschäftigen, die Forderungen der organisierten Gesellen anerkannt haben.

„Zentralverband für modernes Bestattungswesen.“
Das Correspondenzblatt der Generalkommission schreibt: Ein betriebsamer Kaufmann, Adolf Stach, hat mit dem Sitz in Breslau einen Zentralverband für modernes Bestattungswesen gegründet und sucht nun Verbindungen im ganzen Reich, um möglichst viele „Mitglieder“ für diesen Zentralverband anzuwerben. In den Anzeigen werden geschäftsgewandte, gewerkschaftlich und politisch organisierte als Betreuer gesucht, denen die Einrichtung einer Filiale mit Aussicht auf feste Anstellung versprochen wird. Reaktion ist natürlich „erwünscht“. Der „Zentralverband“ erhebt von seinen Mitgliedern Beiträge je nach der Klasse von 12 bis 30 Pf. wöchentlich. Er verspricht dafür insbesondere ein Sterbegeld, das nach zwei Jahren 60 Mk., bis 80 Mk. beträgt. Nach vierjähriger Beitragsleistung in Klasse V (wöchentlich 30 Pf.) wird ein Sterbegeld von 160 Mk. versprochen. Ein klagarbares Recht wird nicht gewährt und das Statut ist so abgefaßt, daß mit dem Tod „jedes Mitglied jedes Recht“ verliert. Dieser „Zentralverband“ wird hoffentlich in organisierten Arbeiterkreisen noch keine Profolyten gemacht haben. Die ganze Sache erscheint im höchsten Grade jeglichen Vertrauens unwürdig und mir würden es sehr bedauern, wenn organisierte Arbeiter ihre Groschen diesem Unternehmen zuführen würden. Daß es sich um eine unsolidarische Gründung handelt, geht daraus hervor, daß nach den uns aus Breslau zugegangenen Mitteilungen der Herr Stach bei seiner Propaganda sich auf die Generalkommission beruft, die angeblich seine Gründung befürwortet und billigt. Daran ist kein wahres Wort. Wir warnen vielmehr jeden, sich irgendwie mit dem „Zentralverband für modernes Bestattungswesen“ einzulassen.

Was Streikbrecher dürfen! In der Eisengießerei und Maschinenfabrik Dürrenbacher Hütte in Weimar streifen seit einigen Wochen die Arbeiter. Die angeworbenen Arbeitswilligen werden auch in der Goethestadt natürlich besonders geschützt, wie das im übrigen Preußen-Deutschland üblich geworden ist. Schon letzte Woche wurde der „Tribüne“ aus Weimar berichtet, daß einige der heute angehenden Staatsbürger auf an ihnen vorübergehende Arbeiter ohne jede Veranlassung mehrere Schüsse abgaben. Als diese sich die Schützen genauer ansahen, rief einer derselben: „Bleibt uns zehn Schritte vom Leibe, sonst schießen wir euch Kugeln in den Wanst!“ Einige Tage später wurde einem auf der Straße sich provozierend betragenden Streikbrecher von einem Schutzmännchen ein einen Meter langes fingerdickes Eisen abgenommen, mit dem er zuzuschlagen gedroht hatte. An einem der letzten Abende gab es wieder eine regelrechte Schießerei ganz ohne Grund, an der sich auch der Fabrikbesitzer Schramm beteiligte, wenigstens kam er mit einem Gewehr in der Hand auf den Fabrikhof getürzt. Verletzt wurde niemand, weil sich die überraschten Passanten, die mit dem Streik nichts zu tun haben, in Sicherheit brachten. Trotz dieser Vorgänge erfahren die nützlichen Elemente den weitgehendsten Schutz. Die auf dem Bahnhof ankommenden Arbeitswilligen meiden sich auf Anraten der Fabrikleitung beim Stationsvorstand oder ersten Bortier und werden dann von der Direktion liebevoll im Automobil abgeholt. Die Streikleitung hat sich bei der Eisenbahndirektion beschwert und hat auch eine öffentliche Warnung an die Einwohnerschaft erlassen, sich nicht mit den Revolverhelden einzulassen.

Ein neuer Fall von sozialdemokratischer Vergeßlichkeit. Unter dieser Epigamie macht ein zuerst im „Frankfurter Volksblatt“, dem Würzburger Zentrumsorgan, erschienener Artikel die Kunde durch die Zentrumspresse. Danach soll ein Steinarbeiter in Siebelstadt bei Würzburg von den Mitgliedern des (freien) Steinarbeiterverbandes bedroht worden sein, weil er dem christlichen Verbande angehört. „Ungefähr 20 Mann umringen den einen starken Mann, schreien und rufen ihm zu: Jetzt hast du fünf Minuten Bedenkzeit, entweder gehst du zu unserm Verband, oder wir legen alle die Arbeit nieder und zwingen die Firma, dich zu entlassen“, heißt es in dem

Mitteil. Dann wird weiter behauptet, daß der christliche Mann seinen christlichen Verband nicht fahren lassen wollte und daß ihm deshalb nichts anderes übrig blieb, als seine Entlassung zu nehmen. — So viel Worte, so viel Unwahrscheinlichkeiten. Der betreffende Arbeiter meldete sich seinerzeit freiwillig zum Eintritt in den Steinarbeiterverband. Nach einiger Zeit wollte er nicht mehr zahlen. Die Freizeitanstalten fragten den Mann in aller Gemütsruhe nach dem Grunde dieser Weigerung, worauf der christliche Mann folgendes als Grund angab: Gleich nachdem es im Orte bekannt geworden, daß er im Steinarbeiterverband organisiert sei, sei ihm erklärt worden, er werde aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen, wenn er nicht aus dem Steinarbeiterverbande austrete. Als das nicht zog, wurde ihm angedroht, daß ihm die Hypothek, die er vom Kirchenausschuß seinerzeit erhalten habe, gekündigt werde. Terrorisiert und vergewaltigt ist der Mann also in der Tat worden — aber von der christlichen Gesellschaft! — Erlagen ist übrigens auch, daß der Mann auf Verlangen der freizeitanstalten Steinarbeiter seine Entlassung genommen habe. Er wurde entlassen, weil der Unternehmer mit seiner Arbeit nicht zufrieden war.

Vorsicht, amtliche Statistik! Unsere amtliche Wissenschaft hat schon immer zu kritischer Vorsicht herausgefordert, dort wo sie sich mit der Arbeiterbewegung beschäftigt, muß vor ihr gewarnt werden. Die amtliche Statistik der deutschen Streiks und Aussperrungen ist seit jeher als Leistung rein polizeilicher „Feststellungen“ berüchtigt. Genosse Legien konnte ja erst auf dem Dresdner Gewerkschaftskongreß feststellen, daß sogar die Leiter des arbeitsstatistischen Amtes selbst ihm gegenüber unumwunden zugegeben haben, daß die amtliche Statistik und Aussperrungsstatistik nichts wert ist. Es bleibt aber trotzdem alles hübsch beim alten.

Für 1910 ist in dem 249. Bande der großen Reichsstatistik die Statistik der Streiks und Aussperrungen behandelt. Was für Resultate da im Vergleich zu den allerdings noch nicht genau ermittelten Feststellungen der Generalkommission der freien Gewerkschaften herausgekommen sind, zeigt die folgende kleine Zusammenstellung.

Statistik	Streiks		Aussperrungen	
	1910	1909	1910	1909
amtliche	2213	1537	1115	115
freigewerkschaftliche	2410	2043	1690	246
letztere mehr	197	506	575	131

Demnach hat die freigewerkschaftliche Statistik der Streiks und Aussperrungen, welche doch nur einen Teil aller deutschen Arbeiterkämpfe umfaßt, regelmäßig mehr Streiks und Aussperrungen zu registrieren, als amtlicherseits überhaupt und im ganzen bekannt sind!

Aber nicht nur für die Ziffern der Fälle von Streiks und Aussperrungen trifft dies zu, ein eben solches Bild ergibt sich für die Zahl der an diesen Kämpfen Beteiligten.

Statistik	Personen	
	1910	1909
amtliche	369 811	119 849
freigewerkschaftliche	369 010	131 244
letztere + oder -	- 801	+ 11 395

Für 1910 könnte man annehmen, daß die amtliche Statistik hier einmal ausnahmsweise richtig sei, es ist aber nur eine Annahme, bei näherer Prüfung zerfällt sie. Die Zentrale der christlichen Gewerkschaften meldet nämlich für 1910 insgesamt 22 366 Personen, welche an Streiks und Aussperrungen beteiligt gewesen sind, die amtliche Statistik hat also auch hier ein Defizit von 20 567! Ganz abgesehen davon, daß die Ziffern der Kirchen- und Gewerkschaften, die ebenfalls an einer Anzahl von Demonstrationen beteiligt waren, hier noch nicht erfasst sind.

Im ganzen: es ist notwendig, solche amtliche „Mängel“ festzustellen, denn gerade die amtlichen Tabellen werden durch die unternehmerfreundliche Presse gern benützt, um die Ohnmacht der Arbeiterorganisationen gegenüber den zusammengeschlossenen Unternehmern darzustellen.

„Arbeiterseelenjäger gegen hohe Akquisitionsgelöhne und event. gut bezahlte feste Anstellung gesucht!“ Bei unseren lieben christlichen Gewerkschaftsbrüdern

ist alles möglich! Dort, wo bis jetzt noch schwarze Truppen war, überall regen sich die Arbeiter und sind scharenweise auf dem Wege zur wirklichen Erkenntnis ihrer Lage. Und dies muß vermieden werden, um jeden Preis, um jedes Geld! Der christliche Metallarbeiterverband hat sich dabei nicht anders zu retten gewußt, als daß er gleich einer Versicherungsgesellschaft Agenten unter die Menge der Unschlüssigen schickt. Die Zahlstelle Aachen des obengenannten Verbandes sandte an ihre Kollegen und Kolleginnen folgenden interessanten Brief als Rundschreiben:

Christlicher Metallarbeiterverband.

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Das Jahr 1910 war für unseren Verband ein Jahr des Fortschritts. Ebenso das erste Quartal dieses Jahres! In diesem Aufschwung hatte auch die Ortsverwaltung Aachen regen Anteil genommen. Manche Kollegen haben aber im Laufe der Zeit nicht rege mitgearbeitet, sonst müßte der Erfolg der Mitgliederzunahme noch besser sein. Der Vorstand der Ortsverwaltung wünscht nun, daß bis zum Schluss des zweiten Quartals jedes Mitglied mindestens einen Kollegen oder eine Kollegin für unsern Verband gewinnt.

Alle Kollegen und Kolleginnen, welche dem Wunsche des Vorstandes in diesem Sinne nachkommen, erhalten eine entsprechende Prämie, welche den einzelnen Kollegen und Kolleginnen von den Vorständen der Sektionen ausgehändigt wird.

Leider teilt das Rundschreiben nicht gleich mit, wieviel jedes christliche Mitglied für die Zuführung eines neugeborenen Kollegen resp. einer solchen Kollegin erhalten solle. Ob man fürchtet, daß die christlichen Mitglieder bei der geringfügigen Prämie, wenn sie deren Wert vorher erkennen, nicht agitieren, oder hat man Angst, daß die Leute in eine unchristliche Prämienerbhöhungsbewegung eintreten könnten — kurz und gut, die Organisation von Arbeitern mittels Agenten, welche eine Akquisitionsgelöb erhalten, ist auf jeden Fall neu.

Gelbe Stinkbombe. Der „Bund“, das Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber, widmet seine jüngste Nummer völlig den „Roten“. Warum können die roten Gewerkschaften niemals eine Vertretung der deutschen Arbeiterchaft sein? Glossen eines freien, unabhängigen Arbeiters zum roten Gewerkschaftskongreß in Dresden“ leitet die Musik ein. Dann kommt eine „Arbeit“ unter dem schönen und dankbaren Titel „Die roten Konsumvereine als Arbeitgeber“, zum dritten erscheint „eine sozialdemokratische Regerverbrennung“. Diese wird allerdings nur durch einen sehr groben Schwindel möglich, behauptet doch der „Bund“, daß ein Antrag der Bauarbeiter Dresdens, wonach die Arbeitsprodukte des Herrn Calmer durch die Generalkommission zu bonkotieren sind, genügend unterstützt worden sei. Einmal wird hier kein lächerlich verzweigen, daß eine Unterstützung des Antrages, zu dem zwanzig Stimmen ausreichen, noch nicht die Annahme desselben, wozu in Dresden mehr als zweihundert Stimmen notwendig gewesen wären, bedeutet. Zum anderen kommt aber hinzu, daß der Gewerkschaftskongreß den Antrag gar nicht unterstützt hat. Sicher nicht deshalb, weil damit dem „Bund“ Gelegenheit zu einer „sozialdemokratischen Regerverbrennung“ gegeben worden sei. Nun, der „Bund“ stolpert nicht über eine Lüge. Er schimpft deswegen auch diesmal fröhlich weiter: „Rote Zünftler“, „Sozialdemokratisches Tendenzmaterial“, und „Das brandenburgische einfraktige Genossenblatt“. Der Reichsverband wird wieder einmal mit seinem Lebus zufrieden sein!

Massenaussperrungen in Skandinavien. Nachdem es erst im Frühjahr mit viel Mühe und Not gelungen war, die Massenaussperrungsgelüste des dänischen Unternehmertums abzuwehren, ist jetzt das Unternehmertum in Schweden und in Norwegen dabei, gewaltige wirtschaftliche Kämpfe zu entfesseln. Wie schon telegraphisch gemeldet, beginnt in Schweden mit dem 10. Juli die allgemeine Aussperrung im Baugewerbe und den verwandten Berufen, so weit die Macht des hier maßgebenden „Zentralen Arbeitgeberverbandes“ reicht. Die Ursache des Kampfes ist, daß das Unternehmertum einen Teil der Arbeiterschaft verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen sucht, was die Arbeiter sich nicht ruhig gefallen lassen. — Die norwegische Arbeitervereinigung hat zum 8. Juli eine allgemeine Aussperrung der Sägewerks-, Zellulose- und Papierfabrikarbeiterchaft beschlossen, wobei ungefähr 17 000 Mann in Frage kommen, und

Anton hörte noch im Vorzimmer den Grafen mit schmerzhafter Anstrengung „Anton, Anton!“ rufen. Aber er kehrte nicht mehr zu seinem Vater zurück und verließ das Schloß.

Siebzehntes Kapitel.

Anton brachte eine schlaflose Nacht im Dorfathaus zu. Doch erhob er sich, nachdem er sein ganzes Gesicht ernst und ruhig durchdacht, mit vollkommener Resignation vom schlechten Lager und schaurigen Geräuschen in den göttlichen Frühlingemorgen hinaus. „Was ist's weiter“, sprach er zu sich selbst, „eine geträumelte Hoffnung mehr! Und habe ich nicht dennoch dabei gewonnen? Meiner armen Mutter letzten Willen habe ich erfüllt, so gut ich vermochte; — denn daß Gräfin Julie abwesend, ist nicht meine Schuld; — und einen Mann, der mir das Leben gab, den ich beinahe hätte, vor dem ich mich fürchtete, habe ich nun kindlich lieb; trage sein Andenken mit mir, wie das eines gutmütigen, gefühlvollen Menschen, den keine Schwäche unglücklich macht, den ich mehr bemitleiden als anklagen darf. Ich kann meinen Vater lieben, ich kann die Mutter selig preisen, weil sie's überstanden hat, ich bin ich reich, als ich jemals war; — und für das wasge wird der Vorwand weiter sorgen, dem ich mich anvertraute, da ich Liebenau verließ. — Aber Hedwig? Der Weg, den ich jetzt wieder einschlagen muß, führt mich nicht zu ihr. Diesmal hat der Blick einer Sterbenden den Schleier der Zukunft zu durchdringen vermocht. Meine Prophezeiung, du arme Mutter, geht in Erfüllung, und meines unglücklichen Sohnes Gräfin Julie bleibt der alte Fluch, welcher härter wirkt, als dein Segen, als meines Vaters guter Wille.“

Mit solchen Gedanken ging Anton munter durch die Waldungen, ohne zu wissen wohin. Ihm war es gleichgültig, lag ihm doch nur daran, so schnell wie möglich aus dem Gebiete der gräßlichen Besessungen sich zu entfernen. Er fragte einige Holzleute, die ihm einzeln begegneten, wie weit er noch habe? Sie bezeichneten ihm die Grenze, die er binnen einer Viertelstunde erreichen werde, wenn er mäßig fortstiege. Je näher sie rückte, desto dringender wurde seine Besorgnis: eine Angst, die er sich gar nicht zu erklären wagte, schnürte ihm die Brust zusammen; eine Ahnung, als drohe ihm etwas Furchtbares. Er atmete leichter auf, als er am Grenzpfahl stand, der die gräßlichen Farben und Gesänge eine Tafel trug mit den Worten: Herrschaft Erlangen. Unter diesem Pfahle machte der Wanderer Halt, ließ die Last von seiner Schulter gleiten und wollte eben am Rande eines grünbewachsenen Grabens sich zur Ruhe niederlassen, als er etwa dreißig Schritte von sich hinter einem Bacholdergebüsch das Gesicht des Grafen

Louis hervorsah. Zwischen den Zweigen, von der Frühlingssonne beschienen, flimmerte der Lauf einer Kugelbüchse.

Antons erster Gedanke war, sich hinter den Grenzpfahl zu flüchten, doch augenblicklich verwarf er ihn. Vor einem solchen Gegner flieh ich nicht, war der nächste Gedanke. Nach jenen Gestirnen gewendet, bot er gleichsam die Brust dar, auf welche schon der Büchsenlauf sich richtete.

„Hund, jetzt will ich Dir zeigen, wie ich meine Hündel ausreißt!“

„Diese Worte vernahm Anton noch . . . ein Blitz vom Schießgewehr . . . ein heftiger Schmerz in der Nähe des Herzens . . . Nacht um ihn . . . und er lag blutend am Boden.“

„Du versprachst mir Ruhe, Mutter; gottlob, nun finde ich sie.“

Nachdem er es gemurmelt, verlor er die Besinnung.

Als er wieder zu sich kam, stand die Sonne schon ziemlich hoch. Seine Wunde blutete, er fühlte sich unendlich matt, aber dabei wünschte er auch, daß er daran nicht sterben dürfe, wenn ihm Hilfe zuteil werde, ehe es zu spät sei. Doch woher sollte hier die Hilfe kommen? Kein lebendes Wesen zeigte sich außer den kleinen Waldvögeln, die neugierig um ihn herflatterten und kleinste Klageklänge ausstießen, wie wenn sie Mitleid mit ihm hätten. Der Schmerz, den die Wunde verursachte, wurde mit jeder Minute heftiger, schien aber gering gegen den Schmerz verglichen, den seine Seele fühlte über des feigen Mörders Tat.

Jeder Versuch, sich aufzurichten, mißlang. Ein Tuch gegen die Wunde gepreßt, laugte sich an und hemmte die Blutung.

So ergab er sich ins Unvermeidliche. Ohne bewußtlos zu sein, verzog er in jene Apathie der Entzagung, wo jedes Bestreben endet, wo jeder Wunsch erlischt, wo fröstelndes Fieber mit halb wollüstigem Schauer durch alle Glieder rieselt, wo die Augenwelt verschwimmt, und im Übergang vom Wachen zum Traume unsere Einbildungskraft tun kann, was ihr beliebt. Diese nun führte an seinem inneren Auge alle Personen vorüber, mit denen er in Berührung gekommen, zeigte ihm Freund und Feind, erweckte ihm Abneigung oder Wehmut, je nachdem die Erscheinungen waren. Sein alter Arzt fand sich, der ihn nach seinem Sturze gepflegt, und unterjuchte die Wunde; Adele verband sie mit kunstfertigen Händen; Rätchen lachte ihn durch einen Schluß trüben Wassers, wonach seine Zunge lechzte; Amelot trieb Laura mit Schlägen von des Verwundeten Seite; Antoinette, an des Grafen Guido Arm, beugte sich mütterlich über ihn; Adelheid lief vorüber und

lachte; Bärbel zeigte ihm jammervoll ihre blutigen Arme, der schwarze Wolfgang riß sie fort; Hedwig blickte hinter jenem Gesträuch hervor, aus welchem Louis nach ihm geschossen, und neben ihr stand eine schöne Frau in tiefer Trauer, die Anton nie gesehen, die er aber sofort als Gräfin Julie erkannte; Theodor steckte das erhabene Totenantlitz aus einem Grabhügel und rief ihm zu: „Liebenau ist dein!“ Die kleinen Vögel um ihn her verwandelten sich in große Krähen, die ihn verfolgten, weil sie ihn für Koko hielten; der indische Bär brach aus dem Dickicht hervor, seinen Freund zu schützen, doch der wilde Tiger zerriß den Bären; schon hob er eine Läge, um auch in Antons verwundete Brust die scharfen Krallen zu schlagen, da erschien mit einer Keule bewaffnet der Riese Schrampl, schmetterte den Tiger zu Boden, kniete neben Anton hin und rief so laut, daß alle trächzenden Krähen entflohen: „Bei den zwei Köpfen meines hoffnungsvollen Sohnes, hier liegt Freund Antoine!“

Anton öffnete die Augen, alle Bilder seiner Fieberphantasie verschwanden; nur Schrampl blieb in Wirklichkeit neben ihm, denn er war es.

„Mein langer Gönner, von wannen kommt Ihr, mich sterben zu sehen?“ fragte der Verwundete mit lächelndem Gefflüster.

„Hier handelt sich's nicht darum, woher ich komme, sondern einzig, wie wir Euch fortbringen. Wohin? das weiß ich schon. Heilige Barmherzigkeit, liegt der schönste Reiter hier in seinem Blute, wie ein wildes Schwein, und wenn ich nicht vorüber kam, war's vielleicht geschehen um ihn! Alons, Peterl, mache lange Weine, reiß aus, und schnurstracks zurück zum Herrn Förster; ich laß ihn beschwören bei den Geistern aller Ragen und Mäuse, die ich in seinem Hofe getötet, er soll Knecht und Magd mit einer großen Misttrage herauschicken; lege Stroh darauf und steh' ihm ein paar Federtissen aus seinem Bett! Lauf, Peterl, was Du kannst; der Herr ist mein bester Freund! — Seht Ihr, wie der Junge fliegt? Die fürstliche Försterei liegt ganz in der Nähe. Und das Pferdglück! Der Wilderfänger vom Schützenbataillon, des Försters leblicher Bruder, ist auf Besuch dort. Es konnte sich gar nicht schöner zusammenpassen. O, Schrampl ist ein großer Mann, er trifft zu rechter Zeit ein, Tod und Leben liegt in seiner Hand. Gift für die Verbrecher, Balsam für die Tugendhaften. Blick auf diesen Ranzan, Antoine, Arfenit, um eine ganze Räuberbande an Bauchgrimmern verreden zu lassen. Soll er schlucken, soll er zappeln, Guer Mörder! Sagt mir, wer Euch angeschossen! Ich finde ihn, und wenn er im tiefsten Mausloch steckt!“

(Fortsetzung folgt.)

zum 15. Juli eine ungefähr 15 000 Mann umfassende allgemeine Aussperrung in der Eisen- und Metallindustrie, so daß also in Norwegen rund 82 000 Arbeiter zum Feiern verdammt werden sollen. Die Ursache ist hier, daß die 8000 Bergarbeiter eine bescheidene Aufbesserung ihrer Löhne verlangen. Das Unternehmertum hat herausgerechnet, daß in den Bergwerken bei Akkordarbeit immer noch 42 Ore die Stunde verdient werden, und will deshalb auf die Forderungen der Arbeiter, die noch viel geringeren Zeitlöhne zu erhöhen, nicht eingehen. Die norwegische Regierung hat sich bemüht, eine Einigung zwischen den Parteien zustande zu bringen, und auch in Schweden versuchte man, durch die staatsangestellten Vermittler der Massenausperrung, die hier gegen 40 000 Mann treffen wird, vorzubeugen. Aber die Freiheitsbestrebungen scheiterten hier wie dort an der Unnachgiebigkeit des Unternehmertums, das hier in beiden Ländern überkommen ist, gleichzeitig gegen die Arbeiterschaft vorzugehen, und dadurch leichteres Spiel zu haben. Die Arbeiterschaft ist jedoch auf diese Kämpfe gefaßt und wird sie, nachdem sie sich als unovermeidlich erwiesen haben, auch mit Erfolg zu führen wissen.

Verstaatlichung des Versicherungswesens.

Von Italien kommt ein Fortschritt. Dem Parlament ist eine Vorlage zugegangen, die das Staatsmonopol für Lebensversicherungen fordert. Mit dem Inkrafttreten der beabsichtigten Staatsanstalt sollen keine einheimischen und ausländischen Gesellschaften in Italien mehr Lebensversicherungen abschließen, auch die von italienischen Staatsbürgern im Ausland abgeschlossenen Versicherungsverträge sollen ungültig sein. Aus öffentlichen Mitteln soll der staatlichen Versicherung der Betrag von 5 Millionen Lire vorgeschossen werden, die bisher bei den Privatgesellschaften beschäftigten Angestellten sollen nach Möglichkeit von der staatlichen Anstalt übernommen werden. Es wird keineswegs eine obligatorische Pflicht zur Lebensversicherung eingeführt, die staatliche Versicherung soll ganz wie die privaten Gesellschaften arbeiten. Von den Gewinnen der Staatsanstalt sind nach der Vorlage 90 Prozent der Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiterschaft zuzuführen.

Von Lebensversicherungs-Gesellschaften, die in Italien arbeiten, es sind in der Hauptsache ausländische, ist nun die Forderung nach Entschädigungen erhoben worden. Die Regierungen verschiedener Länder sollen diese Ansprüche unterstützen, obwohl der Gesetzentwurf die ausländischen und einheimischen durchaus gleich behandelt, aber Abfindungen nicht vorsieht. Für die Entschädigungsansprüche liegt durchaus keine Verdrängung vor, denn das Gesetz gewährleistet allen Gesellschaften die Abwicklung ihrer bisher eingegangenen Geschäfte und die Einziehung der Prämien bis zur Erledigung aller Verbindlichkeiten. Von Schädigungen wohlverborener Rechte, von denen das Versicherungskapital fabelt, kann also gar keine Rede sein.

Die deutsche Regierung müßte es ganz entschieden ablehnen, sich unter diesen Umständen zu Geschäftsträgern der großkapitalistischen Eliten gegenüber Italien zu machen. Von deutschen Gesellschaften hat die Preussische Lebensversicherungs-Gesellschaft in Berlin italienische Pölzen im Gesamtbetrag von 20 Millionen Lire und die Berlinische Versicherungs-Gesellschaft mit zirka 4 Millionen Lire.

Dem Vorgehen der italienischen Regierung sollte Deutschland vielmehr baldmöglichst folgen, die deutschen Versicherungs-Gesellschaften haben dazu durch die Bildung straff organisierter Syndikate den Weg für eine Verstaatlichung vorzüglich vorbereitet. Von den Versicherungs-Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden, wurden in den letzten 3 Jahren folgende Dividenden gezahlt:

	1908	1909	1910
München-Münchener Feuerversicherung	88 1/2	100	100
Münchener Rückversicherung	25	40	40
Allianz	28	28	30
Berliner Hagel-Affektur	0	45	20
Berliner Land- und Wasserversicherung	32	30	0
Berlinische Feuerversicherung	26 2/3	29 1/2	32
Berlinische Lebensversicherung	32	32 1/2	32, 10
Deutsche Feuerversicherung Berlin	10	10	10
Deutsche Lebensversicherung Berlin	0	37 1/2	42 1/2
Deutsche Rück- und Witterversicherung	12	15	13
Deutsche Transportversicherung	16 2/3	20	20
Deutscher Lloyd	33 1/3	33 1/3	25
Dresdener Allgemeine Transportversicherung	83 1/3	83 1/3	83 1/2
Müßelborfer Allgem. Transportversicherung	0	0	0
Elberfelder Vaterländische Feuerversicherung	55	55	58 1/3
Fortuna, Allgemeine Versicherung Berlin	30	30	30
Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherung	40	46	50
Bermania, Lebensversicherung	18	20	22
Gladbacher Feuerversicherung	25	25	30
Gladbacher Rückversicherungs-Gesellschaft	6 2/3	10	13 1/2
Rölnische Hagelversicherung	0	0	0
Rölnische Rückversicherung	33 1/3	40	45
Kolonial-, Feuerversicherung Köln	71 2/3	75	77 1/2
Kontordia, Lebensversicherung Köln	8	8 1/2	4
Pelziger Feuerversicherung	17 1/2	17 1/2	20
Magdeburger Feuerversicherung	45 1/2	50	50
Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft	0	0	0
Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft	18 1/2	19	20
Magdeburger Rückversicherungs-Gesellschaft	18 1/2	20	21 1/2
Mannheimer Versicherungs-Gesellschaft	14	16	0
Niederrheinische Güter-Affektur	40	40	40
Norddeutsche Versicherung	12	12	12
Nordstern, Lebensversicherung Berlin	24	24	24
Nordstern, Unfall- und Altersversicherung	12	12	12
Odenburger Versicherung	41 2/3	41 2/3	41 2/3
Breussische Feuerversicherung	30	30	30
Breussische Lebensversicherung	20	20	20
Breussische Nationalversicherung Stettin	25	25	30
Providentia, Frankfurt a. M.	35	33	40
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	12	12	12
Rheinisch-Westfälische Rückversicherung	30	40	40
Sächsischer Rückversicherung	50	50	50
Sächsische Feuerversicherung	40	43 1/3	50
Sefurita	9	10	10
Thuringia, Erfurt	55	60	66 1/2
Transatlantische Güterversicherung	25	25	26 2/3
Union, Allgemeine Versicherung	15	16 2/3	20
Union, Hagelversicherung Wilmars	10	35	15
Victoria, Berlin	57 1/2	60	62 1/2
Westdeutsche Versicherungs-Aktienbank	4	4	6
Wilhelma, Magdeb. Allg. Unfallversicherung	28 1/3	30	31 1/2

Das Grobkapital, das diese Gesellschaften beherrscht, hat natürlich Interesse daran, sich den Bezug der Dividenden von 50, 70 und 100 Prozent auf die Dauer ungehindert zu sichern, aber die Interessen des Staates und der Versicherungsnehmer erfordern die Monopolisierung des Versicherungswesens, die den Staatskassen enorme Überschüsse einbringen könnte, auch wenn die Prämien der Versicherten wesentlich ermäßigt würden.

Aus dem russischen Parteileben.

Vor kurzem fand in Rußland eine sozialdemokratische Konferenz statt, die für die Weiterentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats von großer Bedeutung sein dürfte. Es war eine — natürlich geheime — Konferenz von Sozialdemokraten, die in den legalen Arbeiterorganisationen der größten Städte des Reiches tätig sind. Zum ersten Male, seitdem die kümmerlichen „legalen Möglichkeiten“ des Stolypinschen Schandregiments für die Massenerziehung des Proletariats systematisch ausgenutzt wurden, sind die Parteigenossen, die auf diesem Gebiete tätig sind, zu einer Beratung zusammengetreten, um einen Weg zur systematischen Verwirklichung der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung zu finden. Es war hierbei äußerst charakteristisch, daß die auf dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse im großen und ganzen mit denen zusammenfielen, die auf den jüngsten Konferenzen der Sozialdemokratie Lettlands, des Südrussischen Arbeiterbundes und der transkaukasischen Parteiorganisationen, d. h. auf den wichtigsten der in Rußland stattgefundenen Parteikonferenzen, gefaßt wurden. Diese Identität der Bestimmungen der legalen Arbeiterorganisationen mit denen der alten, illegalen Organisationen, die sich den veränderten Zeitverhältnissen anpassen suchen, zeigt, daß die jetzt noch gefordert verlaufenden Ströme der Arbeiterbewegung sich einander nähern und — allen äußeren und inneren Hindernissen zum Trotz — die Konsolidation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Reiche anbahnen.

Die Fragen, die auf der eingangs erwähnten Konferenz beraten wurden, betreffen: 1. die Wiederaufnahme der sozialdemokratischen politischen Tätigkeit in den Massen und die Erweiterung und Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung. Bloß ein Teil der auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse wurde in Resolutionen festgelegt und unterliegt der Veröffentlichung. Die Resolutionen über die Gewerkschaftsbewegung können aus unabhängigen Gründen erst in der Folge veröffentlicht werden. Wir bringen nachstehend den Text der wichtigsten Resolutionen, die auf der Konferenz zur Annahme gelangten:

In Punkt 1:

„Die merkwürdige Belebung des Interesses der Arbeiter für das gesellschaftliche und politische Leben verlangt nachdrücklich die Wiedergeburt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Diese Wiedergeburt kann nur erfolgen durch die Heranziehung der breiten Arbeitermassen zu offenen politischen Aktionen, durch die aktive und selbsttätige Beteiligung der Arbeiterklasse an dem gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes.“

Die Konferenz sieht für diesen Zweck folgende Aufgaben vor: Konzentration der Aufmerksamkeit der Arbeitermassen auf die bevorstehenden Dumawahlen und Vorbereitung derselben; umfassende sozialdemokratische Agitation in Verbindung mit der Tätigkeit der Duma und der Regierung; aktive Einnischung in die Tätigkeit der Duma, Kampf um das Koalitionsrecht usw. Dann heißt es in der Resolution weiter:

„Die gesamte von der Konferenz vorgezeichnete Arbeit muß unverzüglich begonnen werden. In den Ortschaften, wo tätige sozialdemokratische Parteiorganisationen existieren, die eine politische Massentätigkeit führen, muß die gesamte Arbeit von diesen Organisationen übernommen werden. Wo sie aber fehlen, müssen unverzüglich sozialdemokratische „Initiative-Gruppen“ gegründet werden, die im Prozeß der Arbeit selbst die Bildung von formvollendeten Parteiorganisationen fördern werden.“

Die Konferenz begrüßt das Erscheinen von legalen sozialdemokratischen Organen und fordert zu ihrer Verbreitung und energischen Unterstützung auf. Die Konferenz ist der Ansicht, diese Organe könnten für die Vertiefung des sozialdemokratischen Bewußtseins der Arbeiter, die Sammlung der sozialdemokratischen Kräfte und die Wiedergeburt der Partei unter der Voraussetzung förderlich sein, daß sie die positiven Anforderungen der Arbeiterbewegung in Rußland befriedigen ohne indes die wirklichen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu vertuschen.“

Aber den Kampf um das Koalitionsrecht, der seit einiger Zeit im Mittelpunkte des Interesses der russischen Arbeiterpresse steht, faßte die Konferenz folgenden Beschluß:

„Die Konferenz empfiehlt, die Vorbereitungen für eine Kampagne zugunsten der Koalitionsfreiheit unverzüglich in Angriff zu nehmen. Als erster Schritt in dieser Kampagne gilt die Ausarbeitung und die Annahme von den Arbeitern einer Protestpetition gegen die Verfolgungen der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen, die Verhaftung ihrer Führer, die Streikverfolgungen der Arbeiter usw. Diese Petitionen müssen an den Dumaprääsidenten gerichtet werden, wobei in ihnen deutlich gesagt werden muß, daß die Arbeiter keine Hoffnungen auf die Duma setzen und sie bloß zur Veröffentlichung ihrer Forderungen benutzen.“

Diese Petitionen müßten durch die sozialdemokratische Fraktion eingereicht werden; wo dies aber nicht möglich sei, müsse eine Abschrift der Petition mit genauer Angabe des Betriebes und der Zahl der Unterschriften der Fraktion überwiesen werden.

Soziales.

Krüppel sind gesuchte Heiratsobjekte. Das System Rentenversicherung hat eine neue Art von „wissenschaftlicher Begründung“ gefunden. In Breslau ist einer landwirtschaftlichen Arbeiterin, die infolge Unfalls beide Unterarmel verloren hatte, kürzlich ihre monatliche Rente von 14 Mark auf 10,90 Mk. gekürzt worden. Sie sollte sich an den Verlust ihrer Unterarmel soweit „gewöhnen“ haben, daß nicht

mehr 80, sondern nur noch 70 Prozent Rente angemessen seien. Der Regierungsassessor Schwenker vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Breslau schreibt nun im „Thürmer“ über den Fall folgendes:

„Ich persönlich würde ohne Aktenkenntnis die Herabsetzung der Rente auf 70 Prozent, also um 10 Prozent für angemessen angesehen haben, falls wirklich völlige Genesung in verhältnismäßig kurzer Zeit eingetreten ist. Letzteres scheint in der Tat der Fall zu sein und das Mädchen muß eine, medizinisch betrachtet, geradezu hervorragende Behandlung erfahren haben. Denn es ist nicht leicht, Unterschenkel so zu amputieren, daß die Stümpfe für Botenlauf unfähig werden, ohne die Gefahr, geblüht und dadurch dauernd wund zu werden, was natürlich Wehen und Stehen fast völlig ausschließen würde. Der Prozentsatz der Rente ist nach meiner Kenntnis der Praxis und der Rechtsprechung des R.-V.-A. in diesem offenbar medizinisch sehr günstig liegenden Falle nicht niedrig, er entspricht durchaus der Norm. Wenn trotz des hohen Prozentsatzes eine im Geldwert niedrige Rente sich ergibt, die freilich als Entschädigung für die wirklichen Unfallfolgen nicht angesehen werden kann, so liegt das nicht an der Berufsgenossenschaft, sondern an den gesetzlichen Bestimmungen, die sicher Härten enthalten, die aber eben angewendet werden müssen. Abgesehen von dem, was ich aus der Praxis weiß, Rentenempfängerinnen mit derartigen dauernden Schäden gesuchte Heiratsobjekte.“

Diese neue Rententheorie fehlte gerade noch, um die „Segnungen“ der deutschen Arbeiterversicherung ins volle Licht zu rücken. Die Arbeiterinnen sollen schließlich noch froh sein, wenn sie an der Maschine verstimmt werden; denn bei zehn Mark monatlicher Rente haben sie eher Aussicht auf einen Mann. Die Äußerung des Regierungsassessors muß jedem fühlenden Menschen die Jorneströte ins Gesicht treiben.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen in Deutschland Reich hält vom 9. bis 12. Juli im Livoli in Dresden seine diesjährige 18. Jahresversammlung ab. Die Tagesordnung dieser im Anschluß an die Reichsversicherungsordnung außerordentlich wichtigen Tagung ist die folgende: 1. Bericht der geschäftsführenden Kasse (Dresden); 2. Die Anpassung der Ortskrankenkassen an die Reichsversicherungsordnung. Referenten: Justizrat Dr. Meyer, Frankenthal, Bureauvorstand Frenzel, Dresden, Kassenvorstand Wittmann, München, Geschäftsführer Alb. Kohn, Berlin, Kassenvorstand Graf, Frankfurt a. M., Paul Starke, Dresden). Jeder wird über bestimmte Gebiete referieren. 3. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf schnelle Herstellung von Musterlagungen für Ortskrankenkassen. 4. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf Abänderung der Verbandslagungen. 5. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf Gründung einer Verbandszeitung und einer Rechtsauskunft- und Beratungsstelle für die Verbandskassen. 6. Bericht des Tarifamtes und Entschädigung über die fernere Gestaltung der Tarifgemeinschaft. 7. Beschlußfassung über Einführung gleichmäßiger Statistiken bei den Verbandskassen. 8. Bestimmung des Ortes über Abhaltung der nächsten Jahresversammlung.

Rückwärts immer, vorwärts immer! Die zweite heftigste Kammer lehnte nach mehrtägiger Beratung die sozialdemokratischen Anträge auf Schaffung einer nationalen Einheitschule, die für alle Schüler obligatorisch sein soll, ab.

Wider die Vorschule. Es dürfte sehr schwer halten, die Daseinsberechtigung der Vorschulen durch sachliche Gründe nachzuweisen. Tatsächlich kommen in Deutschland ganze Staaten ohne sie aus; es sei nur auf Bayern und die preussische Provinz Westfalen verwiesen. Nur vier Staaten, nämlich Anhalt, Lippe-Deimold, Lübeck und Mecklenburg-Strelitz, sind konsequent in ihrer Durchführung. In andern, wie im größten Teile Preußens, besteht der Zustand, daß neben Kindern aus der Vorschule auch Volksschüler in die höheren Schulen aufgenommen werden. Allerdings ist ihre Zahl bedeutend kleiner als die Zahl der Vorschüler. Preußen hat bei 699 höheren Schulen 264 Vorschulen, die vorwiegend auf die mittleren und größeren Städte entfallen, und die an diesen Orten (mit Ausnahme der 156 Realschulen, die keine Vorschulen haben) die höheren Schulen fast hermetisch gegen die Volksschulen abschließen; beträgt doch in Preußen die Zahl der Vorschüler (30 022) 13 v. H. der Gesamtschülerzahl der höheren Schulen (224 177). Ein ausreichender pädagogischer Grund für die Trennung der Schüler auf der Elementarstufe ist schlechterdings nicht vorhanden. Die Vorschule ist, wie die aus ihr auf die höheren Schulen übergehenden Schüler beweisen, sehr wohl imstande, ihre Zöglinge auch für die Bildungsaufgaben der höheren Schulen vorzubereiten. Die Gründe, daß die höhere Schule an die Schulkriterien höhere Ansprüche stellen, namentlich auf die Vorbereitung für fremde Sprachen ein besonders starkes Gewicht legen müßte, sind nicht stichhaltig. Was die Vorschulen nach dieser Richtung hin tun, ist keine Förderung der Kinder, sondern mehr eher eine Schädigung. Die Reformbedürftigkeit des Elementarunterrichts tritt in den Vorschulen aus diesem Grunde weit stärker in die Erscheinung als in der Volksschule, und es ist gewiß bedeutsam, daß einer der ersten praktischen Versuche zur Umgestaltung des Elementarunterrichts gerade von einer höheren Schule, dem Werner Siemens-Realgymnasium in Schöneberg, ausgegangen ist. Die dort durchgeführte Reform ist aber ihrem innersten Wesen nach kein Ausbaur der bisherigen Vorschulpädagogik. Sie strebt nicht danach, den Kindern möglichst früh recht viel Kenntnisse beizubringen, sondern sie geht darauf aus, ihnen nur das zu bieten, was der Kindesnatur gemäß ist. Wird dieser Grundsatz, der doch wohl für sich selbst spricht, im ersten Unterricht allgemein durchgeführt, so ist wirklich nicht einzusehen, warum es zur Erreichung des gleichen Unterrichtsziels zwei verschiedene Arten von Schulen geben soll.

Aus einer Klosterschule.

Ein Katechet vergeht sich an achtjährigen Schülerinnen. Der Verbrecher in der Kutte auf freiem Fuß.

Unter dieser Überschrift läßt sich die „Arbeiter-Zeitung“ in Wien aus Budapest am 2. Juli schreiben:

Die Stadt Temesvar erfreut sich der „Segnungen“ einer Klosterschule, in der die stiftlich-religiöse Erziehung Früchte gezeitigt hat, die zum Entsetzen vieler Eltern jetzt den Ärzten Arbeit geben. Der an der Klosterschule als Katechet tätige Kaplan Desider Lamberg hat (wie wir schon kurz meldeten. Red. v. Volksb.) acht- bis zehnjährige Schülerinnen zur Befriedigung seiner Lüste mißbraucht; an zwölf Kindern der betreffenden Klasse konstatierten die Ärzte Geschlechtskrankheiten.

Schon seit geraumer Zeit trieb der Schweinepaffe sein Unwesen in der dritten Klasse der Klosterschule mit erstaunlicher Dreistigkeit. Im Schulzimmer, vor den Augen aller Schülerinnen, betastete er Waden und Schenkel starrer erwachsener Kinder, kletterte auch einzelne Mädchen auf dem

Wagt oder nicht, wo er ihre Köpfe in die Höhe hob, nach dem Unterricht aber beschied er in der Regel zwei bis drei Kinder zu sich in die Wohnung. Dann pflegte er eines oder zwei der kleinen Mädchen um Bonbons oder Zigaretten zu spielen, versperrte die Tür, zog die Vorhänge an den Fenstern zu und befriedigte an dem bei ihm gebliebenen Opfer seine Lust, worauf er dem Kinde stets einschärfte, dabei nichts zu erzählen, denn damit würde es eine Todsünde begehen. Die meisten Kinder verheimlichten auch vor den Eltern alles, logen auch etwas von Schularrest, um ihr langes Ausbleiben zu rechtfertigen; aber getuschelt wurde doch so manches, bis es sich auch in den übrigen Schulklassen herum sprach, daß „der hochwürdige Herr Katechet Schweinereien mache“. In einigen ärmeren Familien erzählten die Mädchen auch den Eltern in versteckten Andeutungen manches über die Vorgänge in der dritten Klasse, aber dies wurde kaum beachtet. Unlässlich der kürzlich stattgehabten Schlußprüfungen kam jedoch die Blase zum Vorschein.

Die Gattin des Buchdruckers Bela Imhoff hatte vorige Woche ihr achtjähriges Töchterchen Hilda, das die dritte Klasse der Klosterschule besuchte, zur Schlußprüfung in frische Leibwäsche und Festkleidung gesteckt. Die kleine Hilda ging zur Schule und mußte nachmittags auch zum Herrn Katechet. Als sie von dort nach Hause kam, zog ihr die Mutter das Feiertagskleid aus, wobei ihr an dem feilichgewaschenen Höschen des Kindes sehr sonderbare Flecken auffielen. Schon am vorhergehenden Tage hatte die Kleine über Schmerzen im Unterleib geklagt. Die Mutter nahm also ihr Töchterchen scharf ins Gebet; das Kind begann bitterlich zu weinen, aber herauszubringen war aus ihm kein Wort. Frau Imhoff begab sich mit der Kleinen sofort zum Arzt Dr. Zanker, der alsbald feststellte, daß sich ein Mann an dem achtjährigen Mädchen geschlechtlich vergangen habe. Die entsetzte Frau verfiel in einen Weikrampf und beim Anblick der Tränen der Mutter begann die kleine Hilda auszulagen; auf die gestellten Fragen erzählte sie umständlich, was der Kaplan Lamberg mit ihr getan habe. Nun führte Frau Imhoff ihr Kind zum Oberarzt des Sanatoriums der Bezirkskrankenkasse, Dr. Julius Simonji, der nach Untersuchung des Kindes bestätigte, daß die kleine Hilda Imhoff mit einem Manne verkehrt habe, bedenklich verletzt und infiziert sei. Über diesen Befund stellte Dr. Simonji ein ärztliches Zeugnis aus.

Mit diesem Zeugnis ging Frau Imhoff nunmehr zur Polizei, wo die kleine Hilda einem eingehenden Verhör unterzogen wurde, in dessen Verlauf sie elf Mitschülerinnen zu nennen mußte, die der Kaplan Lamberg ebenfalls mißbraucht hatte. In dem an die Staatsanwaltschaft abgegebenen Protokoll sind als die weiteren Opfer des sittlich-religiösen Erzählers Lamberg genannt: Die achtjährige Marie Schmidt, Anna Rager, Isabella Janora, Josefina Schmidt und Marie Gal; ferner die zehn-jährigen Elsa Reisch, Stephanie Pichler, Elsa Reisch, Marie Bezeg, Margarete Müller und Elisabeth Ehrenreich. Selbstverständlich verbreitete sich die Kunde von dem Treiben des Schweinepfaffen sehr bald in der Stadt, aber jetzt stellte es sich heraus, daß die ganze Sache eigentlich nicht gar so unbekannt sei. In vielen Familien, sogar bei den Behörden, hatte man Kenntnis von des Katecheten Lamberg Schwäche für Kinder; aber da der „hochwürdige“ Kinderführer einer angesehenen kirchlichen Familie der Stadt angehört — sein Bruder ist Richter am Landesoberster Gerichtshof —, ließ man ihn ungeschoren, höchstens achteten die „Wissenden“ darauf, daß ihre Kinder nicht bei diesem Katecheten Religionsunterricht nahmen. So weit reicht der Einfluß der Sippschaft Lamberg, daß die ganze Landesoberster Presse, mit Ausnahme des sozialdemokratischen „Volkswillens“, den ungeheuerlichen Skandal vertuschete. Und obwohl die bei der Staatsanwaltschaft erliegenden polizeilichen Akten den Kaplan Desider Lamberg bisher des zwölfjährigen Unzuchtverbrechens bezichtigten, ist die Verhaftung dieses Schweinepfaffen noch immer nicht erfolgt. Ja, wenn man einer angesehenen kirchlichen Familie angehört...

Maurerschweiß.

Von wüthig sein wollenden Leuten, wozu auch leider noch sehr viele Arbeiter gehören, wird sehr häufig die blödsinnige Phrase vom „teuren Maurerschweiß“ kolportiert, ohne daß die Witzmacher überhaupt von der Arbeit eines Maurers die geringste Ahnung haben. Mit freischwebendem Jubel werden von einer gedankenlosen Menge im Eingetangel oder selbst auf Arbeiterfesten manchmal die geistlosen Foten eines „Komikers“, der selbst in seinem ganzen Leben noch keine zwei Ziegelsteine richtig gesehen, geschweige denn aufeinander gefügt hat, bejubelt und am nächsten Morgen in der Fabrik oder in der Werkstatt als das neueste geistreichste Produkt der „Wühntumult“ den Arbeitskollegen angepriesen. Würden alle diese Leute auch nur ein klein wenig Logik besitzen, würden sie sich die in den letzten dreißig Jahren in den Großstädten, bei unseren Verkehrs- und Entwässerungsanlagen errichteten Bauwerke etwas näher ansehen, so müßten sie notwendigerweise ganz von selbst die Absurdität dieses Unfugs gegen die Angehörigen eines so gefahrlosen und schweren Berufs einsehen. Aber gerade hieran scheint es diesen „Maurerschweißfreunden“ zu mangeln.

Wir wollen deshalb dem Gehirn dieser Leute etwas nachhelfen und im nachstehenden die Arbeiten eines Maurers etwas näher beschreiben. Wir wollen hierbei nicht etwa die schwierigste Arbeit herausgreifen, sondern die allgemein üblichste annehmen, nämlich Ziegelmauerwerk. Durchschnittlich rechnet man, daß ein Maurer täglich 750 Ziegelsteine kunstgerecht vermauern muß. Jeder Ziegel wiegt durchschnittlich 5 Pfund, ergibt also ein Gewicht von $750 \times 5 = 3750$ Pfund oder 60 Zentner. Die Mörtelmasse, welche hierzu gehört, beträgt 25 Zentner, macht also zusammen ein Gewicht von 85 Zentnern, welche der Maurer in einem Tage zu heben hat. Jedemfalls ein anständiges Gewicht. Dazu kommt noch, daß der Maurer seine Arbeit sehr oft in ganz unbehaglicher Stellung verrichten muß, wobei derselbe auch noch allen Anfeindungen der Witterung ausgesetzt ist. Im glühenden Sonnenbrand, bei Regenschauern und Schneegestöber manchmal auch noch, vielfach bei Funderungsarbeiten mit den Füßen im Wasser stehend, in gebückter Stellung muß er seine Arbeiten verrichten. Neben diesem Quantum Arbeit muß er sich dann auch noch die Rüstungen kaufen.

Zur Einnahme seiner Mahlzeiten steht ihm sehr häufig noch nicht einmal ein einigermaßen menschenwürdiger Unterstand zur Verfügung. Und trotz alledem glauben sich noch so viele Leute berechtigt, die Maurer zu verhöhnen, ja geradezu zu beschimpfen.

Wenn der Wühntumultler im Theater die Bühne bestaunt, wenn der Reichstagsabgeordnete in den Reichstag eintritt, wenn der Reisende mit dem Zuge eine Brücke passiert und dieselbe bewundert, wird wohl kaum einer daran denken, mit wieviel Schwierigkeiten, oft unter größter Lebensgefahr, die Arbeiter bei der Ausführung dieser Bauwerke zu kämpfen hatten, oder hierbei den Tod gefunden haben.

Deshalb möchten wir jenen Leuten den Rat geben, in Zukunft den Bauarbeitern etwas mehr Achtung zu zollen und sich zu überlegen, was es mit der ironischen Phrase vom „teuren Maurerschweiß“ auf sich hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Polizist als Postkofferposten. Wegen Beamtenbeleidigung hatte sich vor dem Breslauer Schöffengericht ein Gastwirt aus dem Landkreise zu verantworten. Die Militärbehörde hatte den Postkoffer über sein Lokal verhängt, weil er es zu sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben hatte. Als Postkofferposten fungierte nun der Dorfpolizist; er ging in die Schankräume und forderte dort befindliche Soldaten zum Verlassen des Lokals auf. Als er dann auch im Saale seine Tätigkeit fortsetzte, kam es zu ernsthaften Störungen, worauf ihm der Wirt sagte: „Verlassen Sie mein Lokal, denn Sie verursachen hier nur einen Aufruhr.“ Der Gastwirt hat jetzt diese „Beleidigung“ des Polizisten mit 10 Mk. Geldstrafe zu büßen.

Aus Nah und Fern.

Deutscher Rundflug. Bei windstillem, aber nebligem, unstilltem Wetter fand Mittwoch früh der Start für die erste Etappe Kassel—Nordhausen statt. Als erster startete Wienziers um 4 Uhr 20 Min., er kam bald in größere Höhen und verfiel schnell in dichtem Nebel. Um 4 Uhr 57 Min. überflog Vollmöller mit einem Passagier das Startband. Büchner stieg um 5 Uhr 30 Min. auf, gelangte überraschend schnell in größere Höhen und verfiel auch in Nebel. Als letzter stieg Hanuschke um 5 Uhr 38 Min. auf. Schauenburg ließ seinen Apparat, der durch die Regengüsse in den letzten Tagen gelitten hat, abmontieren und per Bahn nach Nordhausen schaffen. — Vollmöller ist um 6 Uhr 15 Minuten in Nordhausen glatt gelandet. Wienziers machte auf dem Bahnhof Weicherode eine Zwischenlandung, weil er im Nebel die Orientierung verloren hatte. Büchner ist in Nordhausen mit einem Passagier um 6 Uhr 36 Min. gelandet. Wienziers ist von Weicherode um 6 Uhr 30 Min. wieder aufgestiegen und mußte einen Kilometer vor Nordhausen wegen Motordefekts niedergehen. Bei den Schauläufen in Kassel, die am Dienstag stattfanden, mußte Lecomte wegen Motordefekts niedergehen. Er erlitt bei der Notlandung einen Beinbruch; der Apparat ist stark beschädigt. Dr. Wittenstein ist wegen Benzinmangels in der Nähe von Warburg niedergegangen; zwischen 1/4 und 1/2 11 Uhr ist er wieder aufgestiegen und nach schöner Fahrt um 11 Uhr 12 Minuten glatt auf dem Flugplatz in Kassel gelandet. Lindpaintner gibt auch die Etappe Kassel—Nordhausen auf, weil sein Apparat nicht rechtzeitig fertig geworden ist.

Folgschweres Versehen. Aus Berlin wird gemeldet: In einem photographischen Atelier wollte ein schon seit Jahren dort angestellter Arbeiter namens Richter sich durch einen Schluck Bier erfrischen. Aus Versehen griff er nicht nach der Bierflasche, sondern nach einer anderen, die eine giftige Lösung enthielt; er brach sofort zusammen und starb nach wenigen Minuten.

Wilhelm II. als Ehren-Zieglemeister. Die Vielseitigkeit Wilhelms II. ist wieder um eine Errungenschaft bereichert worden. Zur monarchischen Erbauung ihres in geistiger Beziehung nicht gerade vermögenden Vespublikums weiß die bürgerliche Presse die folgenden „wahre Gesichte“ zu erzählen:

Der Besitz der Gutsherrschaft Cadinen im Obinger Landkreise hat dem Kaiser eine ganz besondere Ehrung eingetragen. Zu dem Gute gehört auch eine große Ziegelei, für deren Betrieb der Kaiser Interesse bekundet und die er zur Hebung der Produktion in den nächsten Monaten ganz erheblich erweitern läßt. Der kaiserliche Fabrikherr kennt seinen Betrieb nicht nur aus Vorträgen der Betriebsleiter, sondern bei seinen Besuchen in Cadinen informiert er sich persönlich über den ganzen Geschäftsgang. Vor einigen Jahren hatte der Monarch sogar mehrere Stunden hindurch praktische Rieglerei geleistet, die Knetmaschine bedient und eigenhändig eine Anzahl Ziegel hergestellt. Die Deutsche Zieglemeistervereinigung ist auf diesen „Berufskollegen“ natürlich ungemein stolz und hat ihn zum Ehrenmitglied ernannt. In dem Diplom wird der Kaiser als „Ehren-Zieglemeister“ benannt.

Hoffentlich haben die Cadiner Berufskollegen des Kaisers nicht veräußert, die von diesem eigenhändig hergestellten Ziegel dem Hohenzollernmuseum zu überweisen.

Landarbeiteridyll. Im Dorfe Wiemsen bei Salzuflen wollten zwei Schweizer ihre neue Stellung bei dem Gutbesitzer Stuchmann antreten. Wegen des Lohnes gerieten sie in Differenzen, wobei schließlich erregte Worte fielen. Der Gutbesitzer verbot den Arbeitern den Hof und als sie nicht gleich gingen, soll er seine Jagdflinte, die mit Schrot geladen war, ergreifen und dreimal auf die davon-eilenden beiden Leute geschossen haben. Der eine wurde angeblich schwer getroffen und liegt zurzeit im Krankenhaus zu Salzuflen. Bewahrheitet sich diese Meldung, dann ist sie ein prächtiges Beispiel für die Lage der Landarbeiter.

Selbstbeleidigung wegen Mordes. Auf der Station Bochum-Süd wurde kürzlich ein Fahrgast des Nacht Schnellzuges Köln—Berlin, der Mehger Georg Wenzel, bei einem Sprung auf den Bahnsteig vom Zuge überfahren und schwer verletzt. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich nicht um einen Unglücksfall, sondern um einen Selbstmordversuch. Als man den Verletzten aufhob, hat er, man möge ihm Gift oder einen Dolch geben, damit er sein Leben beenden könne, denn er habe in Breslau seine Braut ermordet. Eine Vernehmung des Verletzten hat bisher nicht erfolgen können.

Spiritus in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Die Alkoholproduktion sinkt immer weiter, daran ist nichts mehr zu ändern. In den acht Monaten des laufenden Jahres ist eine Quantität erzeugt worden, die so niedrig ist, wie sie seit 1906/07 und weiter zurück nicht da war. In Hektolitern ergibt sich für die jeweiligen acht Monate der Schnapsjahre folgendes Bild:

	Produktion
1910/11	3 295 128 Hektoliter
1909/10	3 410 926
1908/09	3 949 047
1907/08	3 690 296
1906/07	3 575 993

Die Spiritusstatistik zeigt also seit dem vorigen Jahre für die Berichtperiode wieder einen Rückgang, der bis jetzt schon 115 798 Hektoliter ausmacht. Sicher ein ganz respektablem Anfall, wenn er auch nach unseren Wünschen eigentlich viel größer sein müßte. Hier muß die Arbeit jedes Einzelnen einsehen.

Die Spiritusfabrikanten sind eifrigst dabei, nach allen Regeln der Kunst ihren Boden günstig zu beeinflussen. Wo sich die Gelegenheit gibt, sind sie dabei, warum sollten sie nicht unter denselben sein, welche Wilhelm II. für seine Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften schon über 12 Millionen Mark gegeben haben? Der Verleih der

Spiritusfabrikanten in Deutschland kann sich jetzt folgendes kaiserliche Schreiben einräumen und in sein Zentralbureau hängen:

Geheimes Zivilkabinett Sr. Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben aus der Immediateingabe mit besonderer Genugtuung und Freude ersehen, daß der Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland beschloffen hat, Allerhöchstden Ihnen für die Zwecke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften die Summe von 40 000 Mk anzubieten, Seine Majestät wollen die hochherzige Spende mit herzlichem Dank annehmen und begrüßen den Verein gern als Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

gez. v. Valentini.

Wenn das nichts nützt, dann nützt überhaupt nichts mehr. Ob die Spiritusfabrikanten bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf größeren „Spiritus“-Verbrauch rechnen, als die Arbeiter heute im Spiritus anerkennen wollen, ist vorläufig noch nicht bekannt geworden. Es wird sicher nichts weiter sein, als das absolut rein wissenschaftlich-patriotische Interesse für die kaiserliche Stiftung. Gönner wir ihnen dies und auch ihren Spiritus!

Typhus. In der westpreussischen Irrenanstalt Conradstein wurden in der letzten Woche 25 Neuerkrankungen an Typhus unter den Patienten, Pflegern und dem Dienstpersonal gezählt. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt bisher 55 mit 4 Todesfällen.

Anlässlich einer Offiziersübung im Bombenwerfen in der Schießschule von Kalla bei Belgrad wurde der Hauptmann Wujitschitsch von einem Bombensplitter schwer verletzt.

Bootsunglück. Dienstagabend unternahmen in Langermünde zwei junge Kaufleute mit zwei Damen auf der Elbe eine Bootfahrt. Bei einem Zusammenstoß mit einem Peukahn kippte ihr Boot um und drei der Insassen ertranken.

Wütiges Nachspiel einer militärischen Aushebung. Aus Duisburg wird gemeldet: Als Dienstag nachmittags sechs bis acht junge Leute, die von der Aushebung kamen, lärmend durch die van-der-Heyd-Straße zogen und einem Schutzmann begegneten, der ihnen das Lärmen unterlagte, zog einer ein Messer und verfechtete dem Schutzmann einen Stich ins Gesicht. Als der Beamte blatt zog, wurde ihm der Säbel entrisen. Derselbe junge Mann verfechtete dem Schutzmann einen tiefen Stich in die Brust. Der Schutzmann ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Brückennebenan eingestürzt. Dienstagabend ist in Klein-Lausenburg bei Waldsüt (Oberhein) unter donnerndem Krachen ein Holzbogen der im Bau begriffenen Neuen Rheinbrücke eingestürzt. Vier auf der Brücke beschäftigte Arbeiter wurden mit in den Fluß gerissen. Drei konnten gerettet werden, einer extrant. Die vom Wasser fortgerissenen Holzmassen betragen insgesamt 200 Kubikmeter. Die Ursache des Unglücks ist darauf zurückzuführen, daß entgegen den Anordnungen der Bauverwaltungen zu früh die Verankerung des Gerüstes gelöst worden war.

Sieben Gymnastiken von Räubern entführt. Eine Räuberbande nahm in einem Dorfe des Gorbizbezirks (Rußland) sieben Gymnasten gefangen, die von einem Spaglergang zurückkehrten. Die Täter, die Lösegeld fordern, sind noch nicht ermittelt.

Eine ganze Ortschaft niedergebrannt. Wie aus Bogen gemeldet wird, ist die Gemeinde Valfioriana im Fleimstale bei einem starken Sturme niedergebrannt.

Zu argen Streikrawallen soll es nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen in Manchester gekommen sein. Inwieweit diese Nachrichten zutreffen und ob insbesondere Streikende daran beteiligt sind, können wir nicht nachprüfen. Wir behalten uns deshalb ein weiteres Eingehen auf diese Angelegenheit bis zum Eintreffen authentischer Nachrichten vor.

Explosion. Aus Langer wird gemeldet: In Casablanca wurde eine französische Apotheke durch eine Explosion zerstört. Drei Personen wurden getötet, acht verletzt.

Die Hitze in Amerika. In New York nahm die Hitze am Dienstag zu und erreichte ihren Höchststand mit 104 Grad Fahrenheit. In New York starben 26 Personen, in Chicago 19, in Pittsburg 15, in Neuenland 31, in Philadelphia 9. Die Trockenheit richtete großen Schaden an allen Getreidearten an. — Infolge der außerordentlichen Hitze sind in Montreal in den beiden letzten Tagen 183 Todesfälle zu verzeichnen. Unter den Gestorbenen befinden sich 146 Kinder. Diese Zahl ist bisher ohne Beispiel.

Ein neuer Jack der Aufschlitzer. In der nordamerikanischen Stadt Atlanta hat Jack the Ripper, der vor Jahren in London sein Unwesen trieb, einen Nachahmer gefunden. Am Sonnabend ist von einem unbekanntem Attentäter bereits der achte Mord an einer Mulattin verübt worden. Sämtliche Morde wurden in derselben Weise ausgeführt. Jeden Sonnabend schlüß sich der Mörder hinter sein Opfer, das gewöhnlich eine sehr schöne Mulattin war, ergriff die Frau bei den Haaren und durchschnitt ihr mit einem Rasiermesser die Schlagader. Alsdann verstümmelte er sein Opfer in der entsetzlichsten Weise. Das einzige Kennzeichen in der Persönlichkeit des Mörders hat die Polizei von einer Mulattin erhalten. Diese erzählte, daß sie von einem großen, kräftig gebauten Mager verfolgt worden sei, der ihr, als er sie erreichte, einen Dolch in den Rücken stieß, jedoch darauf die Flucht ergriff. Durch diese Massenmorde hat sich der Bevölkerung eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Schwere Grubenunfälle. Aus New York wird gemeldet: Man nimmt an, daß bei einem großen Brand in der Rome Extension Mine in South Borcupine (Britisch-Nordamerika) 18 Grubenarbeiter den Tod durch Verbrennen gefunden haben. — Ferner wird aus Breslau gemeldet: Im Richardsacht bei Boguschnitz wütet seit 14 Tagen in einer Strecke ein Brand, sodas ein Damm aufgeführt werden mußte. Durch Explosion der Gase im Brandherd entstand ein Dammbruch. Von den acht Personen der Brandwache wurden zwei schwer, die anderen sechs leichter verletzt.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Stadt Lübeck, Kapl. Ch. Beeth, ist gestern vormittag in Remel angekommen.

D. Wiborg, Kapl. B. G. Karstedt, ist Dienstag mittag in Kotta angekommen.

D. Rhenania, Kapl. Bahnte, ist gestern von Kotta auf hier abgedampft.

D. Zar ist gestern früh von hier in Reval angekommen.

D. Derzia ist gestern mittag von Newcastle auf hier abgegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.